

Recht der Energiewirtschaft

Praxishandbuch

von

Prof. Dr. Jens-Peter Schneider, Dr. Christian Theobald, Matthias Albrecht, Alexander Bartsch, Prof. Dr. Carsten Becker, Carolin Blau, Dr. Christian Dessau, Prof. Dr. Michael Fehling, Peter Franke, Dr. Peter Gussone, Prof. Dr. Georg Hermes, Heiko Lange, Prof. Dr. Michael Rodi, Dr. Reinhard Ruge, Jörg B. Soetebeer, Christian Thole, Dr. Johanna Wolff, Dr. Christian de Wyl, Dr. Ines Zenke

4. Auflage

[Recht der Energiewirtschaft – Schneider / Theobald / Albrecht / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Energierecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](#)

ISBN 978 3 406 63412 3

beck-shop.de

Schneider/Theobald

Recht der Energiewirtschaft

beck-shop.de



Recht der Energiewirtschaft

Praxishandbuch

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jens-Peter Schneider

Universität Freiburg

und

Prof. Dr. Christian Theobald, Mag. rer. publ.

Rechtsanwalt in Berlin

Bearbeitet von

Matthias Albrecht, Rechtsanwalt in München; *Alexander Bartsch*, Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Carsten Becker*, Direktor beim Bundeskartellamt in Bonn; *Dipl.-Volksw. Carolin Blau*, Referentin im Bundeskartellamt in Bonn; *Dr. Christian Dessau*, Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Michael Fehling*, LL.M. (Berkeley), Bucerius Law School in Hamburg; *Prof. Dr. Jasper Finke*, LL.M. (Columbia), Bucerius Law School in Hamburg; *Peter Franke*, Vizepräsident der Bundesnetzagentur in Bonn; *Dr. Peter Gussone*, Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Georg Hermes*, Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main; *Heiko Lange*, Rechtsanwalt in Berlin; *Prof. Dr. Michael Rodi*, M.A., Universität Greifswald; *Dr. Reinhard Ruge*, LL.M., Stellvertretender Abteilungsleiter Recht, 50Hertz Transmission GmbH; *Prof. Dr. Jens-Peter Schneider*, Universität Freiburg; *Jörg B. Soetebeer*, Rechtsanwalt in Hamburg; *Prof. Dr. Christian Theobald*, Mag. rer. publ., Rechtsanwalt in Berlin; *Christian Thole*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Johanna Wolff*, LL.M. eur (KCL), Forschungsreferentin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer; *Dr. Christian de Wyl*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Ines Zenke*, Rechtsanwältin in Berlin

4., neu bearbeitete Auflage
2013



beck-shop.de

Zitievorschlag:
Schneider/Theobald, EnWR § ... Rn.

www.beck.de

ISBN 9783406634123

© 2013 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: fgb · freiburger graphische betriebe
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg
Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Nachdem die 3. Auflage bereits binnen weniger Wochen vergriffen war, entschlossen sich der Verlag und die Herausgeber früh, möglichst rasch eine 4. Auflage dieses Praxishandbuchs zum Recht der Energiewirtschaft vorzubereiten. Mit ihr soll weiterhin das Ziel verfolgt werden, in dieser ebenso dynamischen wie komplexen Rechtsmaterie Unternehmen, Anwälten, Behördenmitarbeitern und Gerichten das notwendige Orientierungswissen zu bieten.

Die Basis hierfür ist unser Autorenkreis erfahrener Experten aus der anwaltlichen, unternehmerischen und behördlichen Praxis des Energierechts in der Kombination mit Wissenschaftlern, die ebenfalls seit Jahren mit dem Energierecht vertraut sind. Erfreulicherweise ist unser Autorenkreis erneut weitgehend stabil geblieben, wodurch die Kohärenz des Werks gewährleistet wird. Ausgeschieden ist allerdings zu unserem großen Bedauern Prof. Dr. Gabriele Britz. Aufgrund ihrer ehrenvollen Wahl zur Richterin des Bundesverfassungsgerichts sah sie sich aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr in der Lage, das von ihr ab der 1. Auflage verfasste Kapitel zur kommunalen Energiewirtschaft fortzuführen. Herausgeber und Verlag freuen sich, mit Dr. Johanna Wolff (Speyer) eine hervorragende Nachfolgerin gefunden zu haben, die dieses Kapitel bereits in dieser Auflage grundlegend überarbeitet und aktualisiert hat. Ausscheiden musste ferner Dr. Christian Jung, dessen Ko-Autorenschaft für das kartellrechtliche Kapitel sein Kanzleikollege Dr. Peter Gussone übernommen hat, der dazu aufgrund seiner früheren Tätigkeit beim Bundeskartellamt besonders qualifiziert ist. Neu aufgenommen in die Autorenschaft des Werkes wurde außerdem Rechtsanwalt Jörg B. Soetebeer, der zusammen mit Rechtsanwalt Dr. Christian de Wyl wesentliche Punkte der Energielieferverträge erörtert, die in den vorangegangenen Auflagen unter Mitarbeit von Herrn Dr. Joachim Essig untersucht wurden. Des Weiteren verstärkt Rechtsanwalt Andreas Bartsch seit dieser Auflage das Autorenteam des Kapitels über die gesetzliche Anschlusspflicht und die Netznutzungsverträge. Schließlich wollen es die Herausgeber nicht versäumen, Herrn Peter Franke, der ebenfalls seit der 1. Auflage zu unseren Autoren zählt, zu seiner Ernennung zum Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur zu gratulieren.

Gegenstand des Handbuchs sind bekanntermaßen die regulatorischen Vorgaben und die vertragsrechtlichen Grundlagen der liberalisierten Energieversorgungswirtschaft. Dabei wird nicht nur das Energiewirtschaftsrecht im engeren Sinne in die Darstellung einbezogen, sondern ebenso das allgemeine Wettbewerbsrecht, umwelt-, planungs- und kommunalrechtliche Rahmenbedingungen sowie weitere Rechtsmaterien. Die vielfältigen Rechtsprobleme werden durch die Detailgliederungen der Kapitel sowie das ausführliche Sachregister erschlossen. Dabei wurden in die Neuauflage diverse gesetzliche Neuregelungen eingearbeitet und erstmals umfassend analysiert. Besonders hervorzuheben sind die EnWG-Novelle 2011, die Reformschwerpunkte bei der Entflechtung, der Zertifizierung von Übertragungsnetzbetreibern, neuartigen Netzentwicklungsplänen, der Modernisierung des Messwesens sowie neuen Verbraucherrechten setzte, das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz 2011 (NABEG), die Atomausstiegsnovelle 2012 sowie die jüngsten Novellen zur Reform und Fortentwicklung des Energieumweltrechts als einem Kernelement zur rechtlichen Umsetzung der politisch angestrebten Energiewende (EEG 2012, KWKG 2012, StromStG-Novelle 2011). Darüber hinaus fanden die aktuelle Rechtsprechung und neue Vorgaben der BNetzA, des BKartA und der europäischen Akteure umfassend Berücksichtigung. Schon heute ist absehbar, dass die Energiewende und insbesondere der fortschreitende Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern weitere Reform-

beck-shop.de

VI

Vorwort

schritte fordern werden. Die nachfolgenden Analysen bilden aus unserer Sicht wiederum eine solide Basis für die Bearbeitung wiederkehrender, aber gerade auch neu auftretender Fragestellungen des Rechts der liberalisierten und zunehmend ökologisierten Energiewirtschaft.

Die Herausgeber sind vielen Personen zu Dank verpflichtet. Dieser gebührt zuallererst unseren Autorinnen und Autoren, die wiederum mit großem Engagement ihre Beiträge aus der Vorausgabe umfassend an neue Gesetzeslagen und die Entwicklungen in Rechtsprechung und Rechtspraxis angepasst oder neue Problemkreise erstmals aufbereitet haben. Die redaktionelle Vorbereitung und Überarbeitung wurde von unseren Mitarbeiterteams in Berlin (Arlett Steinhöfel, Katja Seidel, Maria Hinz) und Freiburg (insbesondere Ansgar Günnewicht mit Unterstützung durch Vera Keller, Christina Lorenz und Isabelle Tassius) mit großartigem Engagement und vorbildlicher Präzision übernommen. Schließlich ist dem Lektorat des C. H. Beck Verlags für seine langjährige Unterstützung unseres Werkes zu danken.

Berlin und Freiburg im Januar 2013

*Christian Theobald
Jens-Peter Schneider*

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Literaturverzeichnis	LXV

Kapitel 1 Einleitung

§ 1 Grundlagen des deutschen Rechts der Energiewirtschaft <i>(Christian Theobald)</i>	1
§ 2 Vorgaben des europäischen Energierechts <i>(Jens-Peter Schneider)</i>	49

Kapitel 2 Regulierung von Marktstrukturen und Marktakteuren

§ 3 Marktzutrittsregeln für Energieversorgungsunternehmen <i>(Peter Franke)</i>	85
§ 4 Entflechtung von Energieversorgungsunternehmen <i>(Christian de Wyl/Jasper Finke)</i>	105
§ 5 Rechtliche Rahmenbedingungen kommunalwirtschaftlichen Handelns in der Energiewirtschaft <i>(Johanna Wolff)</i>	179
§ 6 Zusammenschlüsse und Kooperationen in der europäischen und deutschen Energiewirtschaft <i>(Peter Gussone/Christian Theobald)</i>	223

Kapitel 3 Planung und Zulassung von Energieinfrastrukturen und Energieanlagen

§ 7 Planung von Erzeugungsanlagen und Transportnetzen <i>(Georg Hermes)</i>	329
§ 8 Zulassung von Erzeugungsanlagen <i>(Michael Fehling)</i>	409

Kapitel 4 Gemeindliche Konzessionierung sowie Wegerechtsteilung und Enteignung

§ 9 Kommunale Wegerechte, Konzessionsverträge, Stromnetzübernahmen <i>(Matthias Albrecht)</i>	491
§ 10 Die Benutzung privater Grundstücke für die Energieversorgung und Fragen der Enteignung <i>(Georg Hermes)</i>	543

Kapitel 5
Energie- und Emissionshandel

	Seite
§ 11 Recht der Energielieferverträge (<i>Christian de Wyl/Jörg B. Soetebeer</i>)	577
§ 12 Kontrolle der Energielieferpreise: § 29 GWB und § 315 BGB (<i>Carsten Becker/Carolin Blau</i>)	739
§ 13 Neue Handelsformen: Energie, Finanzinstrumente und CO ₂ -Zertifikate (<i>Ines Zenke/Christian Dessau</i>)	769
§ 14 Grundversorgungspflichten gegenüber Letztverbrauchern (<i>Christian de Wyl</i>)	827

Kapitel 6
Netzbetrieb und Netznutzung

§ 15 Netzarten, Netzbetrieb und Netzzugang (<i>Christian Theobald/Ines Zenke/Christian Dessau</i>)	871
§ 16 Gesetzliche Anschlusspflicht und vertragliche Ausgestaltung der Netznutzung bei Strom und Gas (<i>Christian de Wyl/Christian Thole/Alexander Bartsch</i>)	913
§ 17 Netzentgeltregulierung (<i>Christian Theobald/Ines Zenke/Heiko Lange</i>)	1075
§ 18 Rechtliche Umsetzung der Anreizregulierung (<i>Reinhard Ruge</i>)	1131

Kapitel 7
Energieregulierungsbehörden und Rechtsschutz

§ 19 Energieregulierungsbehörden und behördliche Verfahren (<i>Peter Franke</i>)	1167
§ 20 Rechtsschutz gegen energiebehördliche Regulierungsentscheidungen (<i>Christian Theobald/Ines Zenke/Heiko Lange</i>)	1213

Kapitel 8
Energieversorgung und Umwelt

§ 21 Energieumweltrecht: Erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, Energieeinsparung (<i>Jens-Peter Schneider</i>)	1245
§ 22 Stromsteuergesetz (<i>Michael Rodi</i>)	1325
Verzeichnis europäischer Richtlinien und Verordnungen	1395
Bearbeiterverzeichnis	1403
Sachverzeichnis	1409

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XIV
Literaturverzeichnis	LXV

Kapitel 1. Einleitung

§ 1. Grundlagen des deutschen Rechts der Energiewirtschaft

Christian Theobald

A. Grundlagen und Entwicklung des Rechts der Energiewirtschaft	3
I. Regelungsgegenstand	3
II. Das Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen in der Energiewirtschaft	6
III. Liberalisierung netzgebundener Güter und Dienstleistungen	8
B. Das Energiewirtschaftsrecht 1998 bis zur Novelle 2005	9
I. Ziele und Mittel der Energierechtsnovellen	9
II. Marktzutritt und verhandelter Netzzugang	13
III. Die Verbändevereinbarungen 1998 bis 2003	14
C. Das Energiewirtschaftsgesetz 2005	16
I. Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens	16
1. Monitoring-Bericht	16
2. Der Referentenentwurf vom Februar 2004	16
3. Der Regierungsentwurf, die Stellungnahme des Bundesrates sowie die Gegenäußerung der Bundesregierung	17
4. Die Beschlussempfehlungen und der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit	17
5. Die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses	19
II. Regulierung und Unbundling	19
D. Das (aktuelle) Energiewirtschaftsgesetz 2011	20
I. Anstöße zur neuerlichen, 4. EnWG-Novelle 2011	20
II. Umfang des Energiepakets	21
III. Genehmigungs- und Anzeigepflichten, §§ 4f. EnWG	23
IV. Unbundling	23
1. Zweck und Formen des Unbundling	23
2. Weiterentwicklung EnWG 2011	24
V. Regulierungsverfahrensrecht	26
1. Allgemeines	26
2. Zuständigkeit der Regulierungsbehörden	26
3. Handlungs- und Eingriffsbefugnisse der Regulierungsbehörden im Einzelnen	27
4. Auskunftsverlangen	27
5. Betretungsrecht und Durchsuchungen	28
6. Sanktionen	28
VI. Netzentgelt- bzw. Erlösobergrenzengenehmigung	28
VII. Netzentwicklungsplanung und Netzausbau	30
VIII. Kundenanlage und geschlossene Verteilernetze	31
IX. Die Grund- und Ersatzversorgung	31
X. Neues Konzessionsvertragsrecht	32
1. „Wettbewerb um Netze“	32
2. „Wettbewerb um Netze“ und Lieferkundenbeziehungen	33
3. Anforderungen an das Konzessionsverfahren	33
4. Änderungen bei den Konzessionsabgaben	34
5. Gegenleistung bei Netzübernahmen	35
6. Fortgeltung konzessionsvertraglicher Regelungen	35

	Seite
E. Die Stellung des Verbrauchers in der Energiewirtschaft	36
I. Anwendung des AGB-Rechts (§§ 305 bis 310 BGB)	36
II. Das „Aufbrechen“ der sog. allgemeinen Anschluss- und Versorgungspflicht	37
III. Die Allgemeinen Versorgungsbedingungen	37
IV. Weitere Neuerungen 2011	38
1. Rechnungsgestaltung	38
2. Lieferantenwechsel	39
3. Beschwerdemanagement im Unternehmen und Streitschlichtungsstelle	39
F. Die Stellung der Kommunen in der Energiewirtschaft	40
I. Kommunale Verantwortlichkeit	40
II. Entscheidungskriterien und Handlungsoptionen für Städte und Gemeinden	41
1. Zentrale Entscheidungskriterien	41
2. Erfüllung durch Dritte	42
3. (Re-)Kommunalisierung	43
a) „Alleine“ durch eigenes Stadtwerk	43
b) Horizontale Kooperationen durch Überlandwerk	43
c) Vertikale Kooperationen	43
G. Umweltverträglichkeit und Energiewirtschaft	44
I. Regelungen im Energiewirtschaftsgesetz	44
II. Bauplanungsrechtliche Bestimmungen	44
H. Ausblick	46

§ 2. Vorgaben des europäischen Energierechts

Jens-Peter Schneider

A. Primärrechtliche Vorgaben	50
I. Energiespezifisches Primärrecht	50
1. Der ausgelaufene Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKSV)	50
2. Der EURATOM-Vertrag (EAGV)	51
3. Energiespezifische Einzelregelungen im AEUV	52
II. Grundfreiheiten und Energieversorgung	54
III. EU-Wettbewerbsrecht, Art. 101 ff. AEUV	56
IV. Beihilfeaufsicht	58
V. Ausgestaltungsrechte und Ausgestaltungsaufträge bezüglich öffentlicher Dienstleistungen gem. Art. 106 II AEUV	60
VI. Art. 14 AEUV und Art. 36 der Europäischen Grundrechtecharta	62
B. Die sekundärrechtliche Gestaltung des Energiebinnenmarktes	64
I. Das Grundkonzept der Europäischen Kommission zur sekundärrechtlichen Gestaltung des Energiebinnenmarktes	64
II. Wesentliche Inhalte der Transit-, Preistransparenz-, Vergabe- und Transparenzrichtlinien	64
III. Die Elektrizitäts- und Gasbinnenmarktrichtlinien 1996/1998	66
IV. Die Reform des Energiebinnenmarktrechts von 2003/2005	67
V. Das 3. Energiebinnenmarktpaket von 2009	68
1. Vollständige Markttöffnung	69
2. Entflechtung des Netzbetriebs	70
3. Netzzugangsregulierung	74
4. Netzinvestitionsregulierung	77
5. Erzeugungs-/Gewinnungs-, Großhandels- und Versorgungsmarktregulierung	79
6. Nationale Regulierungsbehörden und europäischer Regulierungsverbund	81
VI. Bilanz und Ausblick	83

Inhaltsverzeichnis XI

Kapitel 2. Regulierung von Marktstrukturen und Marktakteuren Seite

§ 3. Marktzutrittsregeln für Energieversorgungsunternehmen

Peter Franke

A. Neugestaltung der Kontrolle des Marktzutritts im Energiebereich	86
I. Regelungsziele	86
II. Verfassungs- und gemeinschaftsrechtlicher Rahmen	87
B. Genehmigung des Netzbetriebs (§ 4 EnWG)	87
I. Umfang der Genehmigungspflicht	87
1. Betrieb eines Energieversorgungsnetzes	87
a) Energieversorgungsnetz	87
b) Netzbetrieb	88
2. Aufnahme des Netzbetriebes	89
a) Betriebsaufnahme	89
b) Konkreter Netzbegriff	89
c) Altberechtigungen und Genehmigungen nach § 5 EnWG 1935/§ 3 EnWG 1998	91
3. Übergang der Genehmigung (§ 4 III EnWG)	92
4. Behördliche Feststellung des Nichtbestehens einer Genehmigungspflicht	94
II. Genehmigungsvoraussetzungen	94
1. Die Genehmigung als gebundene Erlaubnis	94
2. Versagungsgründe (§ 4 II 1 EnWG)	95
III. Rechtswirkungen der Genehmigung, Nebenbestimmungen	97
IV. Widerruf der Genehmigung und Untersagung des Netzbetriebs (§ 4 II 2 EnWG)	98
V. Rechtsschutz	99
C. Zertifizierung der Transportnetzbetreiber	100
I. Umfang der Zertifizierungspflicht, Zertifizierungsvoraussetzungen	100
II. Verfahren	100
III. Rechtswirkungen, Sanktionen, nachträgliche Regelungen	101
D. Anzeige der Energiebelieferung (§ 5 EnWG)	102

§ 4. Entflechtung von Energieversorgungsunternehmen

Christian de Wyl/Jasper Finke

A. Einführung	108
I. Europarechtliche Vorgaben	108
1. Die europäischen Binnenmarktrichtlinien 2003	108
2. Das 3. Energiebinnenmarktpaket 2009	109
a) Transportnetzebene	109
aa) Ownership Undbundling	109
bb) ISO-Modell	110
cc) ITO-Modell	110
b) Verteilnetzebene	111
II. Deutsche Umsetzung	112
III. Die Entflechtungsbestimmungen im Überblick	113
IV. Entflechtung und Diskriminierungsverbot	114
B. Anwendungsbereich und Ziel der Entflechtung	115
I. Sachlicher Anwendungsbereich	115
II. Persönlicher Anwendungsbereich	116
III. Ziele	117
1. Diskriminierungsfreiheit und Transparenz im Netzbetrieb	117
2. Unabhängigkeit der Netzbetreiber und Umfang der Entflechtung	117
C. Kategorien/Stufen der Entflechtung	118
I. Verwendung von Informationen – sog. informatorische Entflechtung gem. § 6a EnWG	118
1. Anwendungsbereich	119
2. Vertraulichkeitsgebot des § 6a I EnWG	119

	Seite
a) Umfang des Vertraulichkeitsgebots	119
aa) Kenntnisverlangung im Rahmen der Tätigkeit als Transportnetzeigentümer, Netzbetreiber, Speicheranlagenbetreiber oder Betreiber von LNG-Anlagen	119
bb) Wirtschaftlich sensible Information	120
b) Sicherstellung der Vertraulichkeit	121
aa) Grundlegende Verpflichtung	121
bb) Maßnahmen zur Sicherstellung der Vertraulichkeit	121
(1) Organisatorische Maßnahmen	121
(2) Maßnahmen im Rahmen der elektronischen Datenverarbeitungssysteme	122
3. Nichtdiskriminierende Offenlegung und Vertraulichkeit gem. § 6 a II EnWG	123
a) Informationen über eigene Tätigkeiten als Netzbetreiber	123
b) Möglicher wirtschaftlicher Vorteil	124
c) Diskriminierungsfreie Offenlegung	124
4. Informatorische Entflechtung bei Datenformaten und IT-Systemen	125
5. Notwendigkeit einer Prozessdokumentation bei Umsetzung der informatorischen Entflechtung	126
II. Buchhalterische Entflechtung gem. § 6 b EnWG	127
1. Normzweck	127
2. Systematik	127
3. Externe Rechnungslegung	129
a) Definition Jahresabschluss	129
b) Umfang der Aufstellungs-, Prüfungs- und Offenlegungspflichten	129
c) Aufstellung des Jahresabschlusses	130
d) Prüfung des Jahresabschlusses	131
e) Offenlegung des Jahresabschlusses	131
f) Ausweisen von Geschäften größerer Umfangs	131
4. Interne Rechnungslegung	132
a) Adressat und Zielsetzung	132
b) Führung getrennter Konten	132
aa) Grundsätze der Kontrentrennung	132
bb) Zuordnungsschwierigkeiten	133
cc) Kontenschlüsselung	134
c) Anforderungen an Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen	134
d) Zusätzliche Angaben	134
5. Übersendung von Jahresabschlüsse, tätigkeitsbezogenen Bilanzen und GuV	134
III. Rechtliche Entflechtung gem. § 7 EnWG	135
1. Einleitung	135
2. Normadressat	136
3. Rechtsformunabhängigkeit	136
a) Einleitung	136
b) Umsetzungsmodelle	137
aa) Eigentumsübertragung/Verpachtung	138
bb) Pacht- und Dienstleistungsmodell	138
cc) Entwicklungstendenz zur „breiten“ Verteilnetzgesellschaft	139
dd) Rechtsformen	140
ee) Netzgesellschaft als Tochter-/Schwester- oder Muttergesellschaft	141
IV. Operationelle Entflechtung (organisatorisches Unbundling) gem. § 7 a EnWG	142
1. Anwendungsbereich	143
a) Adressaten	143
b) De-minimis-Regelung	143
aa) Adressaten der Ausnahmeverordnung	144
bb) Kundenbegriff	144
cc) Relevanter Zeitpunkt	145
dd) Sektorengetrennte Bestimmung der Kundenanzahl	146
ee) Verbundklausel	146
2. Personelle Entflechtung	148

Inhaltsverzeichnis XIII

	Seite
a) Personen mit Leitungsaufgaben und Letztentscheidung i. S. v. § 7 a II Nr. 1 EnWG	148
aa) Personen mit Leitungsaufgaben	148
bb) Personen mit Befugnis zur Letztentscheidung	149
cc) Personen ohne Leitungsaufgaben	149
dd) Letztentscheidungsbefugnis mit Diskriminierungspotential	149
ee) Diskriminierungsanfällige Verteilnetzbetreiberaufgaben (DNA)	150
ff) Angehörigkeit zu einer betrieblichen Einrichtung des Netzbetreibers	151
gg) Verbot von Doppelfunktionen	153
hh) Personalausstattung der Netzgesellschaft	153
b) Personen, die sonstige Tätigkeiten des Netzbetriebs ausüben (§ 7 a II Nr. 2 EnWG)	154
c) Berufliche Handlungsunabhängigkeit des Leitungspersonals	155
d) Personelle Entflechtung und gemeinsame Dienstleistungen	156
3. Entscheidungsbefugnisse des Netzbetreibers	156
a) Einleitung	156
b) Tatsächliche Entscheidungsbefugnisse	157
c) Umfang der Einflussnahme auf den Netzbetrieb	158
aa) Zulässige Maßnahmen der allgemeinen Unternehmenssteuerung	158
bb) Unzulässige Weisungen	160
4. Gleichbehandlungsprogramm und Gleichbehandlungsbeauftragter	160
a) Rechtsnatur und Adressaten	161
b) Betroffene Mitarbeiter und Publikationspflicht	161
c) Inhalt des Gleichbehandlungsprogramms	162
d) Gleichbehandlungsbeauftragter	162
5. Kommunikationsverhalten und Markenpolitik von Verteilnetzbetreibern	164
a) Adressat, Umsetzungsfrist und Kostenanerkennung	165
b) Kommunikationsverhalten und Markenpolitik	165
c) Vertriebsaktivitäten	165
d) Ausschluss der Verwechslungsgefahr zwischen Netz und Vertrieb	166
e) Umfirmierung, Name und Logo	166
f) Besonders relevante Bereiche des Kommunikationsverhaltens	167
D. Unbundling und Arbeitsrecht	169
I. Übergang eines Betriebs bzw. Betriebsteils	169
II. Gemeinsamer Betriebsrat	169
E. Unbundling und Steuerrecht	171
F. Entflechtung von Transportnetzbetreibern	171
I. Einführung	171
II. Umsetzungsmodelle im Einzelnen	172
1. Eigentumsrechtliche Entflechtung	172
2. Unabhängiger Systembetreiber	172
3. Unabhängiger Transportnetzbetreiber	173
a) Pflichten und Aufgaben	173
b) „Operationelle“ Entflechtung	174
c) Unabhängigkeit des Personals	175
d) Aufsichtsrat	176
e) Gleichbehandlungsbeauftragter	176
G. Sanktionen bei Nichtumsetzung der Entflechtungsbestimmungen	177

§ 5. Rechtliche Rahmenbedingungen kommunalwirtschaftlichen Handelns in der Energiewirtschaft

Johanna Wolff

A. Einleitung	182
B. Kommunalrecht	183
I. Anwendungsbereich des kommunalen (Energie-)Wirtschaftsrechts	183
1. Wirtschaftliche Betätigung, Fiktion des nichtwirtschaftlichen Betriebs	184

	Seite
2. Errichten, Übernehmen, wesentlich Erweitern, sich Beteiligen, Unterhalten	184
3. Mittelbare Beteiligung	185
4. Spezielle Bestimmungen für die kommunale Energiewirtschaft	187
II. Zulässigkeit kommunaler (Energie-)Wirtschaftsbetätigung	187
1. Öffentlicher Zweck	188
a) Öffentlicher Zweck und kommunale Energiewirtschaft	188
b) Öffentlicher Zweck und Gewinnerzielung	189
c) Öffentlicher Zweck und Annextätigkeit	189
2. Angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde	192
3. Angemessenes Verhältnis zum Bedarf der Gemeinde	192
4. Subsidiarität	193
a) Subsidiarität und kommunale Energiewirtschaft	193
b) Kriterien: Güte und Wirtschaftlichkeit	194
c) Absicherung durch Verfahren	195
5. Örtlichkeit	195
a) Örtlichkeit und kommunale Energiewirtschaft	196
b) Indirekte Grenzen räumlicher Expansion	197
c) Interessen „betroffener“ Gebietskörperschaften	197
d) Energiewirtschaft im Ausland	198
e) Genehmigungs- und Anzeigepflichten	199
III. Zulässige Organisationsformen kommunaler (Energie-)Unternehmen	199
1. Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	199
2. Privatrechtliche Organisationsformen	201
a) Einschränkungen bei der Rechtsformwahl	201
b) Möglichkeiten der Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen	202
IV. Rechtsschutz privater Konkurrenten	202
1. Klagegegner, Klageart	204
2. Klagebefugnis (insb. Drittschutz, nach Bundesländern)	204
C. Der verfassungsrechtliche Rahmen	208
I. Schutz kommunaler Marktteilnahme im Verfassungsrecht	208
1. Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden	208
2. Grundrechte	209
II. Schranken kommunaler Marktteilnahme im Verfassungsrecht	209
1. Grundrechte privater Konkurrenten	209
2. Erfordernis eines öffentlichen Zwecks	210
3. Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden	212
a) Selbstverwaltungsrecht „betroffener“ Gemeinden	212
b) „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“	213
4. Verfassungsrechtliche Schranken bei der Rechtsformwahl	214
D. Der unionsrechtliche Rahmen	215
I. Schutz kommunaler Marktteilnahme im Unionsrecht	216
II. Schranken kommunaler Marktteilnahme im Unionsrecht	217
1. Grundfreiheiten	217
2. Europäisches Kartellrecht	218
3. Europäisches Beihilferecht	219
a) Gewährträgerschaft der Gemeinden	220
b) Quersubventionierung im steuerlichen Querverbund	221
§ 6. Zusammenschlüsse und Kooperationen in der europäischen und deutschen Energiewirtschaft	
<i>Peter Gusone/Christian Theobald</i>	
A. Wettbewerbspolitische Ausgangslage und die europäischen Energiemarkte	227
I. Etablierte Monopole und geschlossene Versorgungsgebiete	229
II. Besonderheiten des Produkts „elektrische Energie“	230
III. Besonderheiten des Produkts „Erdgas“	231
IV. Besonderheiten der europaweiten Energiemarkte	232

Inhaltsverzeichnis XV

	Seite
B. Europäische Fusionskontrolle in der Energiewirtschaft	233
I. Allgemeines zur europäischen Fusionskontrolle	233
1. Hintergrund	234
2. Die neue Fusionskontrollverordnung 2004	235
II. Die Fusionskontrollverordnung im Einzelnen	236
1. Zuständigkeitsverteilung und Zusammenarbeit zwischen Europäischer Kommission und den nationalen Kartellbehörden	236
a) Verweisungen vor Anmeldung	237
aa) Verweisung von der Europäischen Kommission an die nationale Behörde ..	237
bb) Verweisung an die Europäische Kommission	237
b) Verweisungen nach Anmeldung	238
aa) Verweisung von der Europäischen Kommission an die nationale Behörde ..	238
bb) Verweisung an die Europäische Kommission	239
c) Reformbestrebungen	239
2. Materiell-rechtliche Regelungen	239
a) Zusammenschlussstatbestände	240
b) Gemeinschaftsweite Bedeutung	240
c) Bestimmung des relevanten Marktes	241
aa) Sachlich und räumlich relevanter Markt im Allgemeinen	241
bb) Sachlich relevante Märkte im Strombereich	241
(1) Stromerzeugung und Stromgroßhandel	242
(2) Stromübertragung und -verteilung	242
(3) Stromeinzelhandel	242
cc) Räumlich relevanter Markt im Strombereich	242
dd) Sachlich relevante Märkte im Gasbereich	243
ee) Räumlich relevanter Markt im Gasbereich	243
d) Materieller Prüfungsmaßstab	243
aa) SIEC-Test: Vor- und Nachteile	244
bb) Regelbeispiel der erheblichen Behinderung des wirksamen Wettbewerbs: Marktbeherrschung	244
cc) Oligopolistische Märkte und Art. 2 FKVO	244
3. Marktsteuerung durch Auflagen in der Energiewirtschaft	246
4. Verfahren nach der Fusionskontrollverordnung	247
5. Sonstiges	249
a) Organisation der Generaldirektion Wettbewerb	249
b) Einführung des Chief Economist	249
III. Verhältnis der Fusionskontrollverordnung zu den Beschleunigungsrichtlinien	249
IV. Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission im Bereich Energiewirtschaft	251
1. Die Praxis im Elektrizitätssektor	252
a) E.ON/Endesa (2008)	252
b) Vattenfall/Nuon (2009)	252
c) RWE/Essent (2009)	252
d) Molaris/CommerzReal/RWE/Amprion (2011)	253
2. Die Praxis im Gassektor	254
C. Fusionskontrolle nach deutschem Recht in der Energiewirtschaft	255
I. Allgemeines zur Fusionskontrolle nach deutschem Recht	255
1. Ziele der Fusionskontrolle nach deutschem Recht	257
2. Arten und Gefährdungspotentiale von Unternehmenszusammenschlüssen	258
3. Fusionskontrolle und Strukturen der deutschen Energiewirtschaft	259
a) Die deutsche Stromwirtschaft	259
b) Die deutsche Gaswirtschaft	261
II. Verhältnis zur europäischen Fusionskontrolle	263
III. Die Fusionskontrolle nach deutschem Recht im Einzelnen	264
1. Zuständigkeitsverteilung zwischen Bundeskartellamt und Europäischer Kommission	264
2. Materiell-rechtliche Kriterien der Fusionskontrolle	264
a) Anwendungsbereich der Fusionskontrolle nach GWB (sog. Aufgreifkriterien) ..	265

	Seite
aa) Umsatzschwellen und Umsatzberechnung	265
bb) Einschränkungen des Anwendungsbereiches – § 35 II GWB	265
(1) Anschlussklausel (De-minimis-Klausel) – § 35 II Nr. 1 GWB.....	266
(2) Bagatellmarktklausel – (§ 36 I 2 Nr. 2 GWB/§ 35 II Nr. 2 GWB a. F.)	266
cc) Umsatzerlöse der beteiligten Unternehmen	267
(1) Unternehmensbegriff des GWB	267
(2) Beteiligte Unternehmen	267
dd) Sog. Verbundklausel	268
ee) Sog. Mehrmütterklausel	269
b) Zusammenschlusstatbestände nach deutschem Recht	269
aa) Vermögenserwerb	269
bb) Kontrollerwerb	270
cc) Anteilserwerb	270
dd) Erwerb von wettbewerblich erheblichem Einfluss	270
ee) Verstärkung einer bereits bestehenden Unternehmensverbindung	272
c) Untersagungsvoraussetzungen (sog. Eingreifkriterien)	272
aa) Marktbeherrschungstest/SIEC-Test	272
(1) Ermittlung der Marktanteile	274
(2) Oligopole	275
(3) Ermittlung der Marktkonzentration unter Zuhilfenahme des HHI	276
(4) Finanzkraft und Ressourcen der beteiligten Unternehmen	276
(5) Marktbeherrschung durch überlegenen Zugang zu Beschaffungs- oder Absatzmärkten	276
(6) Marktbeherrschung infolge von Unternehmensverflechtungen	276
(7) Erhöhung der Marktzutrittschranken	277
bb) Marktabgrenzung Strom	277
(1) Sachlich relevanter Markt	277
(2) Räumlich relevanter Markt	279
cc) Marktabgrenzung Gas	280
(1) Sachlich relevanter Markt	280
(2) Räumlich relevanter Markt	281
dd) Kausalität zwischen Marktbeherrschung und Zusammenschluss	281
ee) Abwägungsklausel	283
ff) Marktstrukturgestaltung durch Auflagen	283
3. Das Verfahren der Fusionskontrolle nach deutschem Recht	285
4. Außerordentliche Genehmigung von Fusionen – die Ministererlaubnis (§ 42 GWB)	287
a) Allgemeines	287
b) Verfahren	287
c) Prüfungsmaßstab	288
d) Entscheidung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie – Rechtsmittel	289
e) E. ON/Ruhrgas	290
IV. Beispiele der Entscheidungspraxis des Bundeskartellamts	291
1. Entscheidungspraxis des Bundeskartellamtes bis 2002	291
2. Die Wende in der Entscheidungspraxis des Bundeskartellamts im Falle „E.ON/Ruhrgas“	293
a) Verstärkung der marktbeherrschenden Stellung im Gasmarkt	293
b) Verstärkung der marktbeherrschenden Stellung im Strommarkt	294
3. Die Entscheidungspraxis des Bundeskartellamts seit 2003	295
a) Zusammenschlussvorhaben „E. ON Hanse/Stadtwerke Lübeck“ und „E.ON/EAM/Stadtwerke Eschwege“ (2003)	295
b) Zusammenschlussvorhaben „Mainova AG/Aschaffenburger Versorgungs-GmbH“ (2004)	296
aa) Einflussnahme bei kommunalen Beteiligungen	296
bb) Keine Sonderstellung für kommunale Unternehmen nach deutschem Recht	297

	Seite
c) Zusammenschlussvorhaben „RWE/Saar Ferngas“ (2007)	297
d) Zusammenschlussvorhaben „EnBW/EWE/VNG“ (2009)	298
e) Zusammenschlussvorhaben „Integra/Thüiga“ (2009)	298
f) RWE-Minderheitsbeteiligung an den Stadtwerken Unna (2011)	299
g) Minderheitsbeteiligung Gazprom an VNG (2012)	299
h) Erwerb der ESW Gas Vertrieb GmbH durch Enovos (2012)	300
D. Kooperationen in der Energiewirtschaft	300
I. Europäisches Kartellrecht und Kartellrecht in Deutschland	301
II. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	302
1. Allgemeines	302
2. Schwierige Ausgangslage im Energiesektor	304
3. Spürbarkeit	305
4. System der Legalausnahme	306
a) Alte Rechtslage: Anmeldesystem und Freistellungsmonopol	306
b) Anmeldesystem im Energiesektor	307
c) Legalausnahme und Dezentralisierung	307
5. Dezentrale Anwendung des Kartellrechts	308
6. Europäische Kommission und Bindungswirkung im Kartellrecht	308
7. Verbraucher und Kartellrecht im Energiesektor	309
III. Kooperationsformen in der Energiewirtschaft	309
1. Einkaufskooperationen	309
a) Einkaufsgemeinschaften	310
b) Einkaufsring	310
c) Einkaufsgesellschaft	310
d) Bündelkunden	311
e) Vorbereitungen zur Gründung einer Einkaufskooperation	311
2. Liefergemeinschaften	311
3. Vertriebspartnerschaften/Handelskooperationen	312
4. Bildung von kooperativen Gemeinschaftsunternehmen	313
5. Netzpachtmodelle	314
6. Kooperationen von Netzbetreibern	314
IV. Kartellrechtliche Relevanz der einzelnen Kooperationsformen	315
1. Überblick der Freistellungsmöglichkeiten	315
2. Gruppenfreistellungen im System der Legalausnahme	316
3. Kartellrechtliche Beurteilung von Einkaufskooperationen	316
a) Freistellung nach Art. 101 III AEUV	318
b) Mittelstandskartelle nach § 3 GWB	319
aa) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen	319
bb) Keine wesentliche Wettbewerbsbeeinträchtigung	320
4. Kartellrechtliche Beurteilung von Liefergemeinschaften	320
5. Kartellrechtliche Beurteilung von Netzpachtmodellen	321
V. Sanktionen	321
VI. Sektoruntersuchung in der Energiewirtschaft gem. Art. 17 KartellVO	322
1. Sektoruntersuchung nach Art. 17 KartellVO	322
a) Gründe der Europäischen Kommission für die Sektoruntersuchung in der Energiewirtschaft	322
b) Grundlagen der Sektoruntersuchung im Gemeinschaftsrecht	323
c) Auswertung der Untersuchung	324
aa) Fortschritte und Marktdefizite in der Energiewirtschaft	324
bb) Die Probleme des Energiesektors im Einzelnen	324
d) Welche Konsequenzen?	325
2. Sektoruntersuchung nach § 32 e GWB	326
3. Markttransparenzstelle	327

Kapitel 3. Planung und Zulassung von Energieinfrastrukturen und Energieanlagen		Seite
§ 7. Planung von Erzeugungsanlagen und Transportnetzen		
<i>Georg Hermes</i>		
A. Grundlagen	331	
I. Energieanlagen als Gegenstand der Planung – Gründe und aktuelle Herausforderungen	331	
II. Notwendigkeit staatlicher Planung	333	
1. Räumliche Wirkungen und Raumnutzungskonflikte	334	
2. Möglichkeit der Enteignung	335	
III. Das neue Planungsrecht für Energieanlagen im Überblick	336	
1. Erzeugungsanlagen	338	
2. Leitungen – Verfahrensstufen	339	
3. Leitungen – Planungsrechtsregime im Überblick (EnWG, EnLAG, NABEG)	342	
IV. Die Prüfung der Umweltverträglichkeit im Rahmen der Planung	343	
1. Umweltbelastungen durch Energieanlagen	343	
2. Strategische Umweltprüfung	344	
3. Energieanlagen, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist	345	
a) Erzeugungsanlagen	345	
b) Leitungsvorhaben	348	
4. Grundzüge des Verfahrens der Umweltverträglichkeitsprüfung	348	
a) Die „Trägerverfahren“ der UVP bei Energieanlagen	349	
b) Scoping	350	
c) Vorlage von Unterlagen nach § 6 UVPG	350	
d) Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung	351	
e) Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen	351	
5. Wirkungen der Umweltverträglichkeitsprüfung	352	
B. Fachliche Netzbedarfsplanung	352	
I. Europäische Energiernetzplanung	353	
1. TEN-E-Leitlinien 2006	353	
2. TEN-E-Leitlinienentwurf 2011	354	
3. Gemeinschaftsweiter Netzentwicklungsplan	355	
II. Nationale Bedarfsplanung durch das Energieleitungsausbaugetz 2009	355	
III. Netzentwicklungsplanung	357	
1. Unionsrechtlicher Hintergrund	358	
2. Szenariorahmen Übertragungsnetze	359	
3. Netzentwicklungsplan Übertragungsnetze (§§ 12b ff. EnWG)	359	
4. Offshore-Netzentwicklungsplan (§ 17b EnWG)	361	
5. Besonderheiten der Fernleitungsnetzplanung (Gas)	362	
6. Die Rolle der Bundesnetzagentur in der Netzentwicklungsplanung	363	
IV. Bundesbedarfsplan (§ 12 e EnWG)	363	
C. Bindungen durch Raumordnung und Schutzgebietsausweisungen	364	
I. Raumordnung	364	
1. Grundsätze der Raumordnung	365	
2. Ziele der Raumordnung – Standorte und Leitungstrassen	366	
a) Standorte und Trassen für Energieanlagen	366	
b) Onshore-Windenergieanlagen	367	
3. Offshore-Windenergieanlagen (Raumordnungspläne und Bundesflächenpläne Offshore)	367	
II. Einschränkende Vorgaben durch Schutzgebiete	369	
1. Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutz-Richtlinie	369	
2. Sonstige Schutzgebiete	372	
D. Trassenfindung (Raumordnungsverfahren und Bundesfachplanung)	373	
I. Raumordnungsverfahren (§ 15 ROG)	373	
II. Bundesfachplanung (§§ 4 ff. NABEG)	376	
1. Funktion, Gesetzgebungskompetenz und Zuständigkeit der Bundesnetzagentur	376	
2. Verfahren	378	

Inhaltsverzeichnis XIX

	Seite
3. Prüfprogramm und verfahrensabschließende Entscheidung	378
4. Rechtswirkungen und Rechtsschutz	379
E. Planfeststellung und Plangenehmigung	381
1. Funktion und Wirkungen	381
II. Die Planfeststellung nach §§ 43 ff. EnWG und EnLAG	383
1. Planfeststellungsbedürftige und -fähige Leitungsvorhaben	383
2. Planfeststellungsverfahren	385
3. Materielle Anforderungen	388
a) Planrechtfertigung	388
b) Bindung an Vorgaben der gesamträumlichen Planung	389
c) Bindung an Ergebnis der Trassenfindung	390
d) Zwingende Bindungen materiellen Rechts	390
e) Abwägungsgebot	392
4. Rechtsschutz	393
III. Besonderheiten der Plangenehmigung	394
IV. Besonderheiten für Höchstspannungsleitungen nach §§ 18 ff. NABEG	396
1. Zuständigkeit	396
2. Verfahren	398
3. Materielle Bindungen	398
V. Sonderfall Wasserkraftwerke	398
VI. Sonderfall Offshore-Windenergieanlagen und Seekabel	399
F. Nicht planfeststellungs-/plangenehmigungspflichtige Vorhaben	400
I. Standortentscheidung durch Bauplanungsrecht	400
1. Flächennutzungsplan	400
2. Bebauungsplan	401
3. Gesetzliche Standortentscheidung für Energieanlagen (§§ 34, 35 BauGB)	404
4. Bauplanungsrechtliche Standortvorgaben für einzelne Energieanlagen	405
II. Kontrolle der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit in nachfolgenden Zulassungentscheidungen	406
G. Rechtsschutzfragen	406
H. Anstehende Rechtsänderungen und Ausblick	407

§ 8. Zulassung von Erzeugungsanlagen

Michael Fehling

A. Einführung	412
I. Sachlicher Gegenstand des Energieanlagenzulassungsrechts	412
II. Rechtsquellen (Überblick)	412
1. Bundes- und Landesrecht	412
a) Materielles Zulassungsrecht	413
b) Verwaltungsverfahrensrecht	414
c) Prozessrecht	414
2. Verfassungsrechtlicher Rahmen	415
3. Europarecht	416
4. Völkerrechtliche Vorgaben	417
B. Allgemeines Anlagenzulassungsrecht	418
I. Arten und Wirkungen von Genehmigungen für Energieanlagen	418
1. Formen gestufter Genehmigungen: Teilgenehmigung und Vorbescheid	418
2. Präklusionswirkung von (Teil-)Genehmigungen	420
3. Das Verhältnis paralleler Genehmigungen: Frage der Konzentrationswirkung	421
II. (Baurechtliche) Verzahnung von Genehmigungs- und Planungsrecht	422
III. Querschnittsmaterien	423
1. Wasserrrecht	423
a) Wasserbenutzung	423
b) Wassergefährdende Stoffe	426
c) Errichtung einer Anlage in, an, über und unter oberirdischen Gewässern	426
2. Naturschutzrecht	426

	Seite
a) Eingriffsregelung	426
b) Naturschutzrechtlicher Flächen-, Objekt- und Artenschutz	429
3. Produktsicherheitsrecht (ProdSG und BetrSichVO) und sonstige technische Anforderungen	430
IV. Verfahrensrecht und Umweltverträglichkeitsprüfung	431
1. Ablauf des förmlichen Genehmigungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung	432
2. Verfahrenserleichterungen im vereinfachten Genehmigungsverfahren	436
3. Allgemeine Grundsätze des (formlosen) Verwaltungsverfahrens	436
C. Spezielles Anlagenzulassungsrecht	437
I. Bundesimmissionschutzrecht	437
1. Genehmigungspflichtige Energieerzeugungsanlagen und Tätigkeiten	437
2. Genehmigungsvoraussetzungen	439
a) Grundpflichten des § 5 BImSchG und ihre Konkretisierung in Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften	440
aa) Schutzpflicht (§ 5 I Nr. 1 BImSchG)	440
bb) Vorsorgepflicht (§ 5 I Nr. 2 BImSchG)	444
cc) Abfallvermeidungs- und Entsorgungspflicht (§ 5 I Nr. 3 BImSchG)	446
dd) Pflicht zu sparsamem und effizientem Energieeinsatz (§ 5 I Nr. 4 BImSchG)	446
b) Außer-immissionschutzrechtliche Genehmigungsvoraussetzungen (§ 6 I Nr. 2 BImSchG)	447
3. Nachträgliche Anordnungen (§ 17 BImSchG)	447
4. Sonstige Einschränkungen des Bestandschutzes	448
a) Untersagung, Stilllegung, Beseitigung (§ 20 BImSchG)	448
b) Widerruf der Genehmigung (§ 21 BImSchG)	449
c) Rücknahme der Genehmigung (§ 48 VwVfG)	449
II. Atomrecht	449
1. Problemverlagerung durch den Atomausstieg	449
2. Genehmigungsgegenstand und genehmigungspflichtige Tätigkeiten bei Kernkraftwerken	450
3. Anlagen(änderungs)genehmigung nach § 7 AtG	452
a) Genehmigungsvoraussetzungen (§ 7 II AtG)	452
aa) Vorsorge gegen Schäden (§ 7 II Nr. 3 AtG)	453
bb) Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter (§ 7 II Nr. 5 AtG)	455
cc) Kein Entgegenstehen überwiegender öffentlicher Interessen bezüglich der Wahl des Standorts (§ 7 II Nr. 6 AtG)	456
dd) Personenbezogene Genehmigungsvoraussetzungen gem. § 7 II Nr. 1 und 2 AtG	456
ee) Erforderliche Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen (§ 7 II Nr. 4 AtG)	457
b) Versagungermessen	458
4. Nachträgliche Auflagen (§ 17 I 3 AtG)	458
5. Sonstige Einschränkungen des Bestandschutzes	461
a) Betriebseinstellung und andere Aufsichtsmaßnahmen (§ 19 II AtG)	461
b) Widerruf einer Genehmigung (§ 17 III–V AtG)	461
c) Rücknahme einer Genehmigung (§ 17 II AtG)	463
III. (Baurechtliche) Zulassung von Anlagen zur Stromerzeugung aus regenerativen Energien	463
1. Windenergieanlagen	463
a) Bauplanungsrechtliche Zulassungsvoraussetzungen (§§ 29 ff. BauGB)	464
aa) Zulässigkeit im Geltungsbereich eines Bebauungsplans (§ 30 BauGB)	464
bb) Zulässigkeit im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	465
cc) Zulässigkeit im Außenbereich (§ 35 BauGB)	465
dd) Insbesondere: Gebot der Rücksichtnahme auf benachbarte Wohnbebauung	468
ee) Insbesondere: Landschafts- und Naturschutz	469

Inhaltsverzeichnis XXI

	Seite
b) Bauordnungsrechtliche Zulassungsvoraussetzungen	470
c) Besonderheiten bei Offshore-Windenergieanlagen	470
2. Wasserkraftwerke	472
a) Wasserrecht (Gestattungen, Anlagengenehmigung)	472
b) Baurecht	474
3. Solarenergieanlagen	474
a) Anlagen auf Dächern, an Fassaden oder an anderen Anlagen	474
b) Eigenständige (größere) Solarenergieanlagen	475
4. Anlagen zur Stromerzeugung aus Biomasse	476
5. Tiefengeothermische Anlagen	477
IV. Sonstiges	477
1. Anlagen zur Speicherung von Energie	477
2. End- und Zwischenlager für radioaktive Abfälle	477
3. Unterirdische (bzw. untermeerische) Lagerung von CO ₂	479
D. Rechtsschutz im Anlagenzulassungsverfahren	480
I. Rechtsschutz des Antragstellers (Energieversorgungsunternehmen)	480
1. Hauptsacheverfahren	480
a) Mögliche Konstellationen und Klagearten	480
b) Klagebefugnis (§ 42 II VwGO) und subjektiv-öffentliches Recht	480
c) Widerspruchsverfahren und Klagefrist (§§ 68 ff. VwGO)	480
2. Einstweiliger Rechtsschutz	481
a) Verpflichtungssituation	481
b) Anfechtungssituation	481
c) Antrag auf sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigung	481
II. Rechtsschutz Dritt betroffener gegen Anlagengenehmigungen	481
1. Hauptsacheverfahren	481
a) Mögliche Konstellationen und Klagearten	481
b) Drittschutz (Klagebefugnis und subjektiv-öffentliches Recht) als zentrales Problem	482
c) Widerspruchsverfahren und Klagefrist (§§ 68 ff. VwGO)	488
2. Einstweiliger Rechtsschutz	488
a) Anfechtungssituation	488
b) Verpflichtungssituation	490

Kapitel 4. Gemeindliche Konzessionierung sowie Wegerechtserteilung und Enteignung

§ 9. Kommunale Wegerechte, Konzessionsverträge, Stromnetzübernahmen

Matthias Albrecht

A. Einführung	493
B. Straßenrechtliche Grundbegriffe	494
C. Einräumung der Nutzungsrechte nach bürgerlichem Recht und öffentlichem Recht	495
I. Straßenrechtlicher Verweis auf das bürgerliche Recht	495
II. Öffentlich-rechtliche Überlagerung	497
D. Ansprüche auf die Gewährung von Nutzungsrechten für die Leitungsverlegung	498
I. Bindung an die Zwecke des Energiewirtschaftsrechts	498
II. Selbstbindung durch den Gleichheitssatz	498
III. Kartellrechtliche Vorgaben	499
1. Anwendbarkeit des Kartellrechts	499
2. Marktbeherrschende Stellung	500
3. Missbauchs- und Diskriminierungsverbot	500
IV. Verpflichtung der Gemeinden, ihre öffentlichen Verkehrswege für Leitungen zur unmittelbaren Versorgung von Letztabruchern zur Verfügung zu stellen, § 46 I EnWG	501
1. Entstehungsgeschichte des § 46 I EnWG	501
2. Vorgaben der Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie und der Erdgasbinnenmarktrichtlinie vom 13. 7. 2009	502
3. Zum Tatbestand des § 46 I EnWG	502

	Seite
4. Gleichbehandlung mit dem Betreiber des Netzes der allgemeinen Versorgung	503
5. Auswirkungen auf den Strom- und Gasmarkt/Kritik an der Regelung des § 46 I EnWG	504
E. Durchsetzung von Ansprüchen auf Wegenutzung/Rechtsweg	506
F. Wegenutzungsverträge	507
I. Einleitung	507
II. Verträge mit Gemeinden über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verle- gung und den Betrieb von Leitungen, die zu einem Energieversorgungsnetz der all- gemeinen Versorgung im Gemeindegebiet gehören (Konzessionsverträge oder qualifi- zierte Wegenutzungsverträge)	508
1. Vorbemerkung	508
2. Zum Regelungsgehalt des § 46 II bis IV EnWG	509
3. Begrenzung der Laufzeit auf 20 Jahre	510
4. Informationspflichten der bisherigen Netzbetreiber/Veröffentlichung	510
5. Bekanntmachung der auslaufenden Verträge durch die Gemeinden	511
6. Auswahl des Netzbetreibers durch die Gemeinden	512
a) Grundlagen für die Entscheidungskompetenz der Gemeinden	512
b) Gesetzlicher Rahmen für die Auswahlentscheidung	513
7. Bekanntmachung der Gründe für die Auswahlentscheidung	517
8. Vorzeitige Verlängerung der Laufzeit	517
III. Einfache Wegenutzungsverträge	518
IV. Notarielle Beurkundung	520
G. Eigentum an den in öffentlichen Verkehrswegen verlegten Leitungen	520
H. Wechsel des örtlichen Netzbetreibers/Netzübernahmen	521
I. Verpflichtung zur Eigentumsübertragung	522
II. Umfang der Überlassungspflicht	523
1. Das Problem der gemischten genutzten Leitungen	523
2. Leitungen und Anlagen, die sich nicht in den Wegegrundstücken befinden	525
III. Wirtschaftlich angemessene Vergütung für die zu übereignenden Verteilungsanlagen ..	526
1. Das „Kaufering“-Urteil des BGH	527
2. Vergleich mit einem Unternehmenskauf	529
3. Berücksichtigung des Eigentumsgrundrechts bei der Auslegung des § 46 II Satz 2 EnWG	530
IV. Entflechtungs- und Einbindungskosten	532
V. Kundenübergang	533
VI. Netzübernahmen und Netzentgelte	535
I. Konzessionsabgaben	536
I. Begriff der Konzessionsabgabe	536
II. Bemessung der Konzessionsabgaben	537
1. Systematik der Konzessionsabgabenverordnung	537
2. Bemessungsmaßstab Ct/kWh	537
III. Abgrenzung Tarifkunde – Sonderkunde	538
IV. Befreiung von Sonderkunden	539
V. Weiterwälzung Netzbetreiber – Lieferant	539
VI. Nebenleistungsverbot	540
VII. Nachvertragliche Konzessionsabgaben – Bereicherungshaftung bei Wegenutzung ohne Konzessionsvertrag	541

§ 10. Die Benutzung privater Grundstücke für die Energieversorgung und Fragen der Enteignung

Georg Hermes

A. Notwendigkeit und Instrumente der Inanspruchnahme fremder Grundstücke für Energie- anlagen	544
I. Angewiesenheit der Energieversorgung auf Inanspruchnahme fremder Grundstücke ..	544
II. Die Position des Grundstückseigentümers nach allgemeinem Zivilrecht	545
III. Energierechtliche Instrumente der Grundstücksinanspruchnahme	545

Inhaltsverzeichnis

XXIII

	Seite
B. NAV und NDAV	546
I. Anwendungsbereich	547
II. Voraussetzungen und Umfang der Duldungspflicht des Eigentümers	550
C. Enteignung nach § 45 EnWG	551
I. Verfassungsrechtliche Problematik des § 45 EnWG	552
1. Enteignung zugunsten Privater	552
2. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu § 11 EnWG 1935	554
3. Keine generelle Gemeinwohldienlichkeit der EVU	556
4. Allgemeinwohldienlichkeit von Leitungsnetzen	557
a) Allgemeine Zugänglichkeit (Netzzugang)	557
b) Erforderlichkeit des konkreten Netzvorhabens	558
5. Allgemeinwohldienlichkeit von Erzeugungsanlagen	560
II. Anwendungsbereich von § 45 EnWG	561
1. Vorhaben, die Enteignung rechtfertigen können	561
2. Inanspruchnahme privater Grundstücke	562
III. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Enteignung dem Grunde nach (1. Stufe)	563
1. Planfestgestellte und plangenehmigte Vorhaben	564
2. Sonstige Vorhaben	564
a) Prüfungsmaßstab: „Erforderlichkeit“ und Abwägung	564
b) Entscheidungskompetenz: Behörde oder Energieversorgungsunternehmen?	567
c) Verfahren	568
d) Behördenzuständigkeit	568
e) Rechtsschutz	569
IV. Durchführung der Enteignung nach Landesenteignungsgesetzen (2. Stufe)	570
1. Zuständigkeit und Verfahren	571
2. Materielle Anforderungen an Enteignungentscheidungen	571
3. Rechtsschutz	573
V. Sonderregelungen im Beitrittsgebiet: Legalenteignung nach § 9 GBerG	574
VI. Umfang des Nutzungsrechts (Streitigkeiten aus Dienstbarkeit)	575

Kapitel 5. Energie- und Emissionshandel

§ 11. Recht der Energielieferverträge

Christian de Wyl/Jörg B. Soetebeer

A. Einführung	582
I. Begriff des Energieliefervertrages	582
II. Arten von Verträgen	583
1. Grundversorgungs-/Sonderkundenvertrag	583
2. Vollversorgungsverträge	585
3. „All-inclusive-Vertrag“/Vertrag ohne Netznutzung	586
4. Band- und Programmlieferungen (strukturierte Lieferungen)	587
5. Spotlieferverträge	587
6. Reservelieferung/Zusatzversorgung	588
7. Ersatzversorgung	588
8. Abschaltbare Verträge	589
9. Preisvariable/indexierte Stromlieferverträge	589
10. „Grüner Strom“, Biogas	589
11. Bündelkundenverträge/Einkaufsgemeinschaften	590
12. Liefergemeinschaften	591
13. Rahmenverträge, Einzelverträge	592
14. Energiehandel	593
a) Märkte	593
b) Physische und finanzielle Kontrakte	594
15. Strukturierte Beschaffung	596
16. Kombinations- bzw. Kopplungsangebote	597

	Seite
B. Inhalt von Energielieferverträgen	601
I. Allgemeines	601
II. Inhalt eines Energieliefervertrages	603
III. Leistungsbeschreibung	604
1. Strom	604
2. Gas	606
IV. Abrechnung von Energielieferungen	607
1. Inhalte von Rechnungen an Letztverbraucher	607
2. Abrechnungsmodalitäten	610
3. Konsequenzen fehlerhafter Rechtsinhalte und von Verstößen gegen Abrechnungsmodalitäten	610
C. Rechtsnatur der Energielieferverträge	611
I. Einordnung in das Zivilrecht	611
II. Vertragstypische Zuordnung	611
III. Energieliefer- und Netzverträge als Dauerschuldverhältnisse	613
D. Abschluss und Beendigung von Energielieferverträgen	614
I. Form des Vertragsabschlusses	614
II. Energiebezug ohne ausdrücklichen Vertragsabschluss	614
1. Allgemeines	614
2. Bilanzielle Zuordnung der Energieentnahme	615
3. Vertragsloser Zustand	616
III. Beendigung von Verträgen	617
1. Allgemeines	617
2. Inhalt, Form und Zugang der Kündigung	619
a) Inhalt der Kündigung	619
b) Form und Zugang der Kündigung	619
3. Sonderfragen	622
a) Teilkündigung des Stromliefervertrages	622
b) Sonderkündigungsrecht bei Fusion von EVU	623
E. Vertragsparteien eines Energieliefervertrages	624
I. Ermittlung des Vertragspartners	624
II. Vertragspartner	624
1. BGB-Gesellschaft	625
2. Wohnungseigentümergesellschaft	625
3. Rechtsfähige und nicht rechtsfähige Vereine	626
III. Vertretung	626
F. Sonderverträge als Allgemeine Geschäftsbedingungen	627
I. Allgemeine Geschäftsbedingungen i. S. d. § 305 BGB	627
1. Individualvereinbarungen	629
2. Beweislast	630
II. Einbeziehung	631
1. Ausdrücklicher Hinweis	631
2. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	633
3. Besonderheiten bei der Einbeziehung gegenüber Unternehmen	634
4. Einverständnis des Kunden	634
III. Inhaltskontrolle nach den §§ 307 ff. BGB	635
G. Typische Klauseln eines Energieliefervertrages	638
I. Absatz- und Bezugsbindungen, Gesamtbedarfsdeckungsklauseln	638
1. Gesamtbedarfsdeckungsklauseln	638
2. Verhältnis zwischen Gesamtbedarfsdeckungsklausel und Bindungsdauer	639
a) Spezialgesetzliche Laufzeitvorgaben für Energielieferverträge	639
b) Civilrechtliche Laufzeitgrenzen für Energielieferverträge	640
c) Laufzeitgrenzen aus dem Kartellrecht	642
aa) Laufzeitgrenzen aus Art. 101 I AEUV	643
bb) Relevanz der §§ 19 I, 20 I GWB und Art. 102 AEUV für Vertragslaufzeiten	649
cc) Beschränkungen aus Art. 106 II EUV	651

	Seite
3. Take-or-Pay-Klauseln	652
4. Eigenerzeugungsverbote	654
5. Weiterleitungs- und Weiterveräußerungsverbote, Gebietsschutzabreden	655
II. Preisgestaltung	656
1. Strom	656
a) Kunden ohne Leistungsmessung	656
b) Kunden mit Leistungsmessung	656
c) Weitergabe der EEG-Mehrbelastungen	657
d) Weitergabe der Netzentgelte	659
2. Gas	660
a) Geschichtliche Entwicklung der Gaspreisbildung	660
b) Überblick über die Preissysteme der Gaswirtschaft	661
c) Leistungs- (bzw. Grund-)/Arbeitspreissystem	662
d) Weitere Preissysteme	663
e) Neuere Entwicklungen in der Preisgestaltung	664
III. Messung, Zahlung	665
1. Regelungen des EnWG	665
2. Messung in Sonderkundenverträgen	665
IV. Abrechnung, Abschlagszahlungen	667
V. Verzug, Zahlungsmodalitäten, Verjährung	668
VI. Vorauszahlung, Sicherheitsleistung	669
VII. Berechnungsfehler	670
VIII. Rechnungskürzung, Aufrechnung und Zahlung unter Vorbehalt	671
IX. Haftung, Schadensersatz/Anspruchsgrundlagen	671
1. Haftung bei Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten der Belieferung	671
a) Haftung nach StromGVV/GasGVV/NAV/NDAV	673
b) Haftung des Grundversorgers	673
c) Haftung in Sonderverträgen	674
d) Haftung nach Produkthaftungsgesetz	675
e) Haftung aus Delikt	676
2. Haftung in sonstigen Fällen	678
H. Schiedsgerichtsklauseln	679
I. Leistungsstörungen und Höhere Gewalt	679
I. Mängel der Lieferung	679
II. Höhere Gewalt	680
J. Vertragsanpassungsregelungen in Energielieferverträgen	681
I. Allgemeines	681
II. Vertragliche Regelungen einer Preisanpassung	682
1. Einleitung	682
2. Die Arten vertraglicher Regelungen im Einzelnen	682
a) Wertsicherungsvereinbarungen	683
b) Separate Ausweisung einzelner Entgeltbestandteile	685
c) Einseitige Preisänderungsvorbehalte	686
d) Marktorientierte allgemeine Preisänderungsklauseln	688
e) Vorlieferanten- und Abwälzungsklauseln	688
f) Meistbegünstigungsklauseln	688
g) Besserstellungsklauseln bei Drittangeboten als sog. Eintrittsklauseln	689
h) „Öffnungs-“ oder „Englische“ Klauseln	690
i) Allgemeine Sprechklauseln	690
j) Steuer- und Abgabenklauseln, Gesetzesklauseln	690
aa) Inhalt solcher Klauseln	691
bb) Weiterwälzung von Belastungen aus EEG und KWKG	692
3. AGB-Kontrolle von Preisanpassungsklauseln	692
4. Kartellrechtliche Anforderungen an Anpassungsklauseln	701
5. Rechtsfolgen bei Wegfall einer unwirksamen Preisanpassungsklausel	702
6. Behebung von Fehlfunktionen durch Korrekturklauseln	705
III. Vertragsanpassungsklauseln	707

	Seite
1. Vertragliche Anpassungsregelungen	707
2. Wirtschaftsklauseln und allgemeine Vertragsanpassungsklauseln	708
a) Merkmale allgemeiner Vertragsanpassungsklauseln	708
b) Wirksamkeit von allgemeinen Vertragsanpassungsklauseln	709
c) Tatbestand allgemeiner Vertragsanpassungsklauseln	710
d) Rechtsfolgen allgemeiner Vertragsanpassungsklauseln	711
3. Salvatorische Klauseln	712
a) Wirksamkeit von salvatorischen Klauseln	713
b) Bedeutung von salvatorischen Klauseln für den Restvertrag	714
c) Abgrenzung: Geltungserhaltende Reduktion vertraglicher Bestimmungen durch richterliche Anpassung	715
IV. Gesetzliche Grundlagen zur Anpassung von Energielieferverträgen	716
1. Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB	716
2. Störung der Geschäftsgrundlage gem. § 313 BGB	716
K. Insolvenz	720
I. Einfluss der Insolvenz auf laufende Vertragsbeziehungen	721
II. Wahlrecht des Insolvenzverwalters	721
III. Kündigungsmöglichkeit durch den Gläubiger	722
IV. Aussicht auf Befriedigung offener Forderungen	723
V. Vorläufige Insolvenzverwaltung	723
VI. Verwertung des Schuldnervermögens/Insolvenzplan	724
VII. Vorauszahlungen und Sicherheiten	724
L. Zwangsverwaltung	725
M. Besondere Vertriebsformen (insbesondere E-Commerce)	726
I. Allgemeines	726
II. E-Commerce: Abschluss von Energielieferverträgen über das Internet	728
1. Anwendung zivilrechtlicher Regelungen	728
2. Informationen vor Abschluss eines Vertrages	728
a) Allgemeine Informationspflichten des Anbieters	728
b) Datenschutz bei Online-Angeboten von Waren und Dienstleistungen	729
c) Informationspflichten nach § 312c I BGB i. V. m. Art. 246 §§ 1, 2 EGBGB (Fernabsatzverträge mit Verbrauchern)	729
d) Informationspflichten nach § 312g I BGB (Verträge im „elektronischen Geschäftsverkehr“ mit Verbrauchern oder Unternehmern)	730
3. Informationen nach Abschluss eines Vertrages (Vertragliche Phase)	733
4. Vollmachtserteilung im Internet	734
5. Sicherheit und Vertraulichkeit	735
	736

§ 12. Kontrolle der Energielieferpreise: § 29 GWB und § 315 BGB

Carsten Becker/Carolin Blau

A. Einführung	740
I. Ordnungspolitischer Rahmen	741
1. Aktuelle Entwicklung bei der Kontrolle von Energiepreisen	741
2. Spannungsverhältnis zur wettbewerblichen Preisbildung	742
a) Preis als wichtigster Wettbewerbsparameter	742
b) Preiskontrolle im Marktöffnungsprozess	742
3. Öffentliche Wahrnehmung der Energiepreiskontrolle	743
II. Überblick über die Normen	743
1. Überblick § 29 GWB	743
a) Regelungsaufbau	744
b) Verhältnis zum übrigen Kartellrecht	745
c) Verbotstatbestand und Befristung	745
2. Überblick § 315 BGB	745
a) Regelungssystematik	745
b) Konkurrenz	746

Inhaltsverzeichnis

XXVII

	Seite
B. Kartellrechtliche Energiepreiskontrolle nach § 29 GWB	747
I. Adressaten des § 29 GWB	747
1. Allgemeines	747
2. Marktbeherrschende Stellung	747
a) Marktbeherrschende Elektrizitätsanbieter	748
b) Marktbeherrschende Gasanbieter	749
II. Ausbeutungsverbote des § 29 GWB	750
1. Vergleichsweise ungünstigere Entgelte	750
a) Vergleichsmarktkonzept	750
b) Preisvergleich	750
aa) Preisabweichung	750
(1) Tarifvergleich	751
(2) Erlösvergleich	752
bb) Strukturelle Vergleichbarkeit	753
c) Erheblichkeit der Abweichung	754
d) Sachliche Rechtfertigung	754
e) Ermittlung des Abschöpfungspotentials	755
2. Gewinnspannenbegrenzungskonzept nach § 29 Satz 1 Nr. 2 GWB	755
a) Konzept der Gewinnspannenbegrenzung	755
b) Preis-Kosten-Differenz	756
aa) Ermittlung des relevanten Preises	756
bb) Kostenbegriff	757
c) Unangemessene Überschreitung	757
aa) Beurteilungsmaßstab	757
bb) Anwendungsfragen	757
cc) Kein Erheblichkeitszuschlag	758
III. Zuständigkeitsverteilung	758
C. Zivilrechtliche Energiepreiskontrolle nach § 315 BGB	759
I. Anwendbarkeit des § 315 BGB	759
1. Unmittelbare Anwendbarkeit	760
a) Einseitiges Bestimmungsrecht	760
b) Anwendungspraxis	761
c) Problem der künstlichen Aufspaltung des Preises	762
2. Entsprechende Anwendbarkeit	762
a) Faktisches Bestimmungsrecht	762
b) Anwendungspraxis	762
c) Schutzlückenproblematik	763
3. Abdingbarkeit von § 315 BGB und Verwirkung	764
a) Abdingbarkeit	764
b) Verwirkung	764
II. Billigkeitsprüfung	764
1. Vorrang der Inhaltskontrolle vor der Billigkeitsprüfung	764
2. Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	765
3. Instrumente der Billigkeitsprüfung	765
a) Kostenkontrolle	765
aa) Fokussierung auf Bezugskostensteigerungen	766
bb) Nachweistiefe	766
b) Marktpreisvergleich	767
III. Sperrandrohungen als unzulässige Umgehung	768

§ 13. Neue Handelsformen: Energie, Finanzinstrumente und CO₂-Zertifikate

Ines Zenke/Christian Dessau

A. Einführung	770
B. Der Weg von der Vollversorgung zum Handel von Produkten	771
I. Physische und finanzielle Lieferung von Energie	771

	Seite
II. Wetterderivate	776
III. Zertifikate	777
C. Akteure und Handelsplätze	780
I. Markteilnehmer, Dienstleister	780
II. Clearing und Clearer	781
III. Handelsplätze	782
1. Börsen	782
a) Strom	782
b) Gas	784
c) Wetter und Emissionsrechte	784
2. Handelsplattformen	785
D. Rechtsgrundlagen des Handelsmarktes	787
I. Europäisches Recht	787
II. Nationales Recht	791
E. Genehmigungsfragen	795
I. Genehmigung nach dem Börsengesetz	795
II. Genehmigung nach dem Kreditwesengesetz	796
1. Erlaubnispflicht gem. § 32 KWG und Folgen des Tätigwerdens ohne Lizenz	796
2. „Im Inland“ – das Problem des Europäischen Passes	797
a) Auftreten im Inland	797
b) Europäischer Pass	798
3. Gewerbsmäßigkeit	799
4. Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen	800
a) Typisch relevante Dienstleistungen in der Energiewirtschaft	800
b) Erster und stetiger Anknüpfungspunkt: Finanzinstrument (hier Derivat)	800
5. Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen: Drittbezug	802
a) Finanzkommissionsgeschäft	802
b) Anlagevermittlung, Betrieb Multilateraler Handelssysteme und Anlageberatung	802
c) Abschlussvermittlung	804
d) Finanzportfolioverwaltung	804
e) Eigenhandel und Eigengeschäfte	805
6. Ausnahmen	806
a) Warenderivateausnahme: kapitalmarktfeme Haupttätigkeit	806
b) Haupttätigkeitsausnahme für Warenhändler	806
c) Konzernprivileg	807
d) Locals	807
e) Remote Member	808
III. Genehmigung nach dem Wertpapierhandelsgesetz	808
IV. Genehmigung nach dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz	809
F. Pflicht zum Risikomanagement	810
I. Risiken	810
II. Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)	811
III. Ordnungsgemäße Geschäftsorganisation: MaRisk und MaComp	812
G. Identifizierung und Minimierung von Adressenausfallrisiken	813
H. Vertragsinhalte, Vertragstypen	814
I. Individualvereinbarung versus Standardverträge	814
II. 2002 ISDA Master Agreement	815
III. EFET-Verträge	816
1. Der EFET-Rahmenvertrag für den Stromhandel (Version 2.1(a))	816
2. Der EFET-Rahmenvertrag für den Gashandel (Version 2.0(a))	819
IV. Das Cross Product Master Agreement (CPMA)	819
V. Der Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte	820
I. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten: Cap and Trade	820
I. Zuteilung (Cap)	820
II. Handel (Trade)	822

§ 14. Grundversorgungspflichten gegenüber Letztverbrauchern Seite

Christian de Wyl

A. Einführung	828
I. Die Grundversorgungspflicht nach § 36 EnWG	829
1. Allgemeines	829
2. Grund- und Ersatzversorgung und wettbewerbliche Ordnung	831
II. Europarechtliche Vorgaben	832
1. Grundversorgungspflichten nach der Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie	832
2. Grundversorgungspflichten nach der Gasbinnenmarktrichtlinie	832
III. Inkorporation in deutsches Recht	833
IV. Rechtsgebietscharakter und Rechtsnatur von Grund- und Ersatzversorgung	833
V. Inhalt der Grund- und Ersatzversorgungspflicht	834
1. Inhalt der Pflicht zur Grundversorgung	834
2. Inhalt der Pflicht zur Ersatzversorgung	834
VI. Abgrenzung von Grund- und Ersatzversorgung	835
B. Die Pflicht zur Grundversorgung	835
I. Der Grundversorgungsberechtigte	835
1. Vom Tarifkunden zum Haushaltkunden	835
2. Abgrenzung des Haushaltkunden	836
3. Weitere Grundversorgungsberechtigte	838
II. Der Grundversorgungspflichtige	839
1. Begriff des Grundversorgers	840
a) Energieversorgungsunternehmen	840
b) Netzgebiet der allgemeinen Versorgung	840
c) Versorgung der meisten Haushaltkunden	842
2. Verfahren zur Feststellung des Grundversorgers	843
3. Einstellung der Grundversorgungstätigkeit	843
4. Wechsel des Grundversorgers	844
III. Der Grundversorgungsvertrag	844
1. Vertragsabschluss, Ruhen der Lieferpflicht und Beendigung des Grundversorgungsvertrages	844
a) Form des Vertragsabschlusses	844
b) Energiebezug ohne ausdrücklichen Vertragsabschluss	846
c) Unterbrechung der Versorgung	848
d) Ruhen der Lieferpflicht bei Störungen des Netzes	851
e) Beendigung des Grundversorgungsvertrages	852
2. Einbeziehung der Allgemeinen Bedingungen	853
3. Der Grundversorgungspreis	854
a) Änderungen der Allgemeinen Preise	854
b) Briefliche Mitteilung	855
c) Aussetzen von Preisänderungen bei Lieferantenwechsel	856
4. Inhalt eines Grundversorgungsvertrages	856
a) Aufbau und inhaltliche Struktur	857
b) Weitere wesentliche Neuerungen der Grundversorgungsverordnungen gegenüber den Allgemeinen Versorgungsbedingungen	857
c) Auslegung der Grundversorgungsverordnungen	858
d) Wirksamkeitskontrolle	859
e) Verbot der Abweichung von den Grundversorgungsverordnungen durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen	860
f) Ergänzende Bedingungen	860
g) Anwendung der Grundversorgungsverordnungen im Einzelfall	861
IV. Grenzen der Grundversorgungspflicht	863
1. Unzumutbarkeit aus wirtschaftlichen Gründen	863
2. Unzumutbarkeit aus personenbedingten Gründen	864
3. Grundversorgungspflicht bei Betreibern von Eigenanlagen	864
V. Durchsetzung der Grundversorgungspflicht	866

	Seite
VI. Versorgungspflicht nach Kartellrecht	866
VII. Versorgungspflicht nach allgemeinem Zivilrecht	867
C. Die Pflicht zur Ersatzversorgung	867
I. Ersatzversorgungspflichtiger	867
II. Ersatzversorgungsberechtigter	867
III. Das Ersatzversorgungsverhältnis	867
1. Beginn	867
a) Bezug von Energie über ein Netz der allgemeinen Versorgung in Niederdruck oder Niederspannung	868
b) Zuordnungsloser Energielieferzustand	868
c) Zeitpunkt des Beginns	868
2. Ende der Ersatzversorgung	869
3. Inhalt des Ersatzversorgungsverhältnisses	870

Kapitel 6. Netzbetrieb und Netznutzung

§ 15. Netzarten, Netzbetrieb und Netzzugang

Christian Theobald/Ines Zenke/Christian Dessau

A. Arten von Energieversorgungsnetzen	872
I. Energieversorgungsnetze der allgemeinen Versorgung	872
II. Kundenanlage und geschlossenes Verteilernetz	873
1. Einleitung	873
2. Kundenanlagen	874
a) „Klassische“ Kundenanlagen nach § 3 Nr. 24a EnWG	874
aa) Wettbewerbl. Unbedeutsamkeit	874
bb) Diskriminierungsfreiheit und Unentgeltlichkeit	875
b) Kundenanlagen nach § 3 Nr. 24b EnWG	875
3. Geschlossene Verteilernetze	876
a) Voraussetzungen	876
aa) Energieversorgungsnetz	876
bb) Grundsätzlich keine Versorgung von Haushaltskunden	876
cc) Netz der allgemeinen Versorgung	876
dd) Geografisch begrenztes Gebiet	876
ee) Besondere Voraussetzungen des § 110 EnWG	877
ff) Antrag nach § 110 III EnWG	877
b) Rechtsfolgen	878
4. Abgrenzungsprobleme	878
III. Arealnetze	879
B. Anspruch auf Netzzanschluss	880
I. Grundlagen	880
II. Netzzanschluss nach § 17 EnWG	881
1. Anspruchsvoraussetzungen	881
2. Inhalt des Anspruchs	881
3. § 17 II a EnWG	883
4. Ausschluss der Netzzanschlusspflicht	884
5. Bedingungen des Netzzanschlusses	887
III. Netzzanschluss nach § 18 EnWG	887
1. Allgemeines	887
2. Voraussetzungen der allgemeinen Anschlusspflicht	888
3. Inhalt des Anspruchs	888
4. Ausschluss der Netzzanschlusspflicht	889
5. Weitere Pflichten nach § 18 I EnWG	892
C. Anspruch auf Netzzugang	893
I. Der Weg zum regulierten Netzzugang	893
II. Aufbau der Regelungen über den Netzzugang	894
III. Voraussetzungen des Anspruchs auf Netzzugang	896

Inhaltsverzeichnis

XXXI

	Seite
IV. Inhalt des Anspruchs	896
V. Ausschluss des Netzzugangs	898
VI. Bedingungen des Netzzugangs	901
VII. Weitere Pflichten im Zusammenhang mit dem Netzzugang	901
D. Pflichten des Netzbetreibers beim Netzbetrieb	902
I. Allgemeines	902
II. Systematik der Vorschriften zu den Pflichten des Netzbetreibers	902
III. Verpflichtete	903
IV. Betrieb, Wartung und Ausbau des Netzes	903
V. Exkurs: Smart Grids	904
VI. Weitere Pflichten der Netzbetreiber	905
VII. Haftung	908
E. Zwangsweise Durchsetzung der gesetzlichen Anforderungen	910
I. Befugnisse der Regulierungsbehörde	910
II. Zivilrechtsweg	910

§ 16. Gesetzliche Anschlusspflicht und vertragliche Ausgestaltung der Netznutzung bei Strom und Gas

Christian de Wyl/Christian Thole/Alexander Bartsch

A. Einleitung	918
I. Europarechtliche Leitlinien	920
II. Inkorporation in deutsches Recht	920
III. Unterscheidung von Netzanschluss-, Anschlussnutzungs- und Netznutzungsverhältnis	921
B. Netzanschluss- und Anschlussnutzungsverhältnis	922
I. Vorgaben der Elektrizitäts- und Gasbinnenmarktrichtlinie	922
II. Entstehen von Netzanschlussvertrag und Anschlussnutzungsvertrag bzw. -verhältnis	923
III. Abgrenzung der allgemeinen von der besonderen Anschlusspflicht	923
C. Die allgemeine Anschlusspflicht des § 18 EnWG	923
I. Gesetzlich normierte Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung	924
II. Anschlussberechtigte	924
III. Adressat der allgemeinen Anschlusspflicht	926
1. Netzbetreiber	926
2. Allgemeine Versorgung	926
3. Gemeindegebiete	927
4. Abgrenzung zu geschlossenen Verteilernetzen und Kundenanlagen	928
IV. Rechtsfolge: Privatrechtlicher Vertragsabschlusszwang	929
1. Gegenstand der allgemeinen Anschlusspflicht	929
2. „Entflechtung“ der Vertragsverhältnisse	930
3. Vorgaben für Planung, Bau und Betrieb	931
4. Netzanschlussvertrag zwischen Anschlussnehmer und Verteilnetzbetreiber	931
a) Unmittelbare Geltung der NAV/NDAV – Möglichkeit ergänzender Vertragsbedingungen	931
b) Vertragsabschluss und Beendigung des Netzanschlussvertrags	932
c) Vertragsparteien, Rechtsnachfolge	932
d) Vertragliche Anschlusskostenregelung	933
e) Sonstige Regelungsinhalte	936
5. Haftung, Schadensersatz/Anspruchsgrundlagen	936
a) Haftung nach § 18 NAV/NDAV	936
aa) Haftungsbeschränkung für Sach- und Vermögensschäden	938
bb) Adressatenkreis	938
b) Haftung nach dem Haftpflichtgesetz	941
c) Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz	941
d) Haftung aus Delikt	942
V. Das Anschlussnutzungsverhältnis	944
1. Rechtsnatur und Entstehung	945

	Seite
2. Inhalt des Anschlussnutzungsverhältnisses	945
a) Beginn und Ende des Anschlussnutzungsverhältnisses	945
b) Unterbrechung der Anschlussnutzung, Haftungsbeschränkung	946
VI. Grenzen der Anschlusspflicht	946
1. Unzumutbarkeit aus wirtschaftlichen Gründen	947
2. Unzumutbarkeit aus personenbedingten Gründen	947
3. Betreiber von Eigenanlagen und Drittanschluss	948
VII. Übergangsvorschrift für Altverträge	948
D. Die besondere Anschlusspflicht des § 17 EnWG	948
I. Gegenstand der Anschlusspflicht	948
II. Adressat der besonderen Anschlusspflicht	949
III. Anschlussberechtigte	949
IV. Notwendigkeit von Anschluss- und Anschlussnutzungsvertrag	950
V. Bedeutung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	951
VI. Inhalt des Netzanschlussvertrages	952
VII. Das Anschlussnutzungsverhältnis	954
1. Allgemeines	954
2. Inhalt	954
a) Voraussetzungen der Nutzung des Netzanschlusses	954
b) Not- oder Aushilfsbelieferung	956
c) Höhere Gewalt, Trennung vom Netz	957
d) Haftungsregelungen	958
e) Weitere Regelungen	959
f) Messstellenbetrieb und Messung, § 21 b EnWG i. V. m. MessZV	959
VIII. Netzanschluss- und Netzzugangsverweigerungsgründe	960
1. Betriebsbedingte und technische Gründe	960
2. Mangelnde Netzkapazität im Energieversorgungsnetz	960
a) Unterscheidung zwischen Netzanschluss und Netzzugang	961
b) Netzausbau zur Gewährung von Netzzugang	962
c) Möglichkeit von Engpässen	963
d) Engpassmanagement	963
3. Kostentragung für Netzanschluss und Netzausbau	965
a) Netzanschlusskosten	965
b) Baukostenzuschüsse	966
IX. Netzanschlussverträge zwischen Netzbetreibern	967
1. Allgemeines	967
2. Pancaking	967
X. Anschluss von Einspeisern	968
1. Allgemeines	968
2. Kraftwerks-Netzanschlussverordnung	968
a) Anschlussverfahren	968
b) Reservierungsgebühr	969
c) Anschlusskonkurrenz	970
d) Privilegierung von Neuanlagen	970
e) Rechtliche Diskussion	970
f) Transparenz	971
g) Netzanschluss	971
h) Zur Kostentragung	972
XI. Ergänzende Regelwerke	972
XII. Übergangsregelungen	972
E. Durchsetzung der Anschlusspflicht und Rechtsschutz	973
I. Befugnisse der Regulierungsbehörde	973
II. Unterlassungsanspruch, Schadensersatzpflicht	974
III. Rechtsschutz gegen Entscheidungen der Regulierungsbehörde	975
IV. Anschlusspflicht nach Kartellrecht	975
V. Anschlusspflicht nach allgemeinem Zivilrecht	975
F. Der regulierte Netzzugang	976

	Seite
I. Grund und Regelungszweck der Neuregelung	976
II. Adressaten und Anspruchsberechtigte	977
III. Inhalt des Zugangsanspruchs	978
IV. Ausgestaltung des Netzzugangsrechts zu Elektrizitätsversorgungsnetzen	979
1. Netznutzungskonzepte der Verbändevereinbarungen im Vergleich zur StromNZV	979
a) VV Strom I	979
b) VV Strom II	979
c) VV Strom II Plus	980
2. Netzzugang gem. § 20 I a EnWG und der StromNZV	980
a) Regulierter Netzzugang im Vergleich zur VV Strom II plus	980
b) Netznutzungsvertrag als Voraussetzung der Netznutzung	981
c) Bilanzausgleich	982
d) Bestimmung der Netzentgelte	984
e) Netznutzungsverträge zwischen Netzbetreibern	984
f) Ergänzende Regelwerke	984
aa) GridCode/TransmissionCode	984
bb) DistributionCode	985
cc) MeteringCode	986
3. Zugangsverweigerung	986
V. Ausgestaltung des Netzzugangsrechts zu Gasversorgungsnetzen	986
1. Zugang zu Gasversorgungsnetzen	986
a) Netzzugangskonzepte	986
b) Erste rechtliche Umsetzungsschritte	988
c) Monitoring-Bericht des BMWA	989
d) Entstehungsgeschichte des § 20 Ib EnWG	989
e) Gasnetzzugangsverordnung 2005	991
f) Die Novelle der Gasnetzzugangsverordnung 2010	992
2. Regelungsgehalt des § 20 Ib EnWG	994
a) Grundsystematik Entry-Exit	994
b) Vertragsgestaltung	994
c) Kooperationsverpflichtungen	995
VI. Übergangsvorschrift für Altverträge	995
G. Messstellenbetrieb und Messung	995
I. Entwicklung und Grundlegendes	995
II. Messstellenbetrieb	996
III. Messung	997
IV. Durchführung des Wechsels	998
V. Ende der Tätigkeit des Dritten	999
VI. §§ 21 b–21 i EnWG als normative Grundlage für Smart Metering	999
H. Vertragsstrukturen für den Netzzugang bei der Belieferung mit Strom	1001
I. Einleitung	1001
II. Übersicht über die Verträge	1002
III. Inhalt der Netznutzung	1003
1. Netznutzung des Lieferanten – All-inclusive-Belieferung	1004
2. Netznutzung des Letztabbrauchers	1005
3. Netznutzung durch nachgelagerte Netzbetreiber	1006
IV. Vorgaben für den Vertragsinhalt	1007
1. Allgemeines	1007
2. Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate (GPKE)	1007
V. Netzentgelte	1009
1. Allgemeines	1009
2. Weitere Bestandteile der Netzentgelte	1011
a) Mess- und Abrechnungskosten	1011
b) Konzessionsabgabe	1011
c) EEG-Umlage	1012
d) Sonstige Entgelte	1012

	Seite
3. Sonderformen der Netznutzung	1013
a) Monatsleistungspreis gem. § 19 I StromNEV	1013
b) Individuelles Netzentgelt gem. § 19 II StromNEV	1013
c) Singulär genutzte Betriebsmittel gemäß § 19 III StromNEV	1014
4. Entgelt für dezentrale Einspeisung	1015
5. Billigkeitskontrolle der Netzentgelte nach § 315 BGB?	1015
VI. Inhalt von Netznutzungs- und Lieferantenrahmenvertrag	1016
1. Allgemeines – Mindestinhalt	1016
2. Einzelne Vertragsinhalte	1018
a) Vertragsgegenstand	1018
b) Fristen und Prozesse der GPKE und Ergänzungen	1018
c) Voraussetzung der Netznutzung	1018
d) Zuordnung zu einem Bilanzkreis	1018
e) Datenaustausch, Leistungsermittlung oder Lastprofilverfahren	1019
f) Regelungen zum Entgelt	1020
g) Unterbrechung und Störung der Netznutzung, „Sperrung auf Zuruf“	1022
h) Kündigung, Vertragsanpassung	1023
i) Haftung	1024
j) Bonitätsprüfung, Vorauszahlungen, Sicherheiten	1024
k) Belieferung ohne Netznutzung	1025
l) Sonstige Regelungsbestandteile	1025
VII. Bilanzkreisverträge	1025
1. Bilanzkreismodell der StromNZV	1025
2. Abrechnung der Leistungsbilanz	1027
3. Regelenergie	1028
4. Datenübermittlung	1029
5. Übermittlung der Fahrpläne	1029
6. Kündigung	1030
7. Stellung von Sicherheiten	1030
8. Wahrnehmung der Bilanzverantwortung	1031
I. Vertragsstrukturen für den Netzzugang bei der Belieferung mit Gas	1031
I. Überblick	1031
1. Verträge zwischen den Netzbetreibern	1033
2. Verträge zwischen Netzbetreibern und Transportkunden	1033
II. Die Umsetzung durch Kooperationsvereinbarungen	1034
1. Entwicklung der Kooperationsvereinbarungen	1034
a) Erste Kooperationsvereinbarung vom 1. 6. 2006	1034
b) Zweite Kooperationsvereinbarung vom 25. 4. 2007 (KoV II)	1035
c) Dritte Kooperationsvereinbarung vom 29. 8. 2008 (KoV III)	1037
d) Vierte Kooperationsvereinbarung vom 30. 6. 2012 (KoV IV)	1038
e) Fünfte Kooperationsvereinbarung vom 29. 6. 2012 (KoV V)	1038
f) Sechste Kooperationsvereinbarung (KoV VI) und weiterer Ausblick	1039
2. Regelungsinhalte Kooperationsvereinbarung	1039
a) Aufbau der Kooperationsvereinbarung	1039
b) Marktgebietssystematik	1040
aa) Marktgebietssverantwortlichkeit	1041
bb) Aufgaben und Verpflichtungen der Marktgebietssverantwortlichen, Funktionen eines Marktgebietes	1041
c) Abwicklung des Transportes innerhalb eines Marktgebietes	1043
aa) Ermittlung des Kapazitätsbedarfs	1043
bb) Interne Bestellung	1045
cc) Notwendigkeit von Bestellungen	1046
dd) Kosten- und Entgeltwälzung	1047
ee) Datenübermittlung zwischen Netzbetreibern	1047
d) Marktgebietssüberschreitende Transporte	1047
e) Konkretisierungen der KoV V – Praxisinformationen, Anwendungshinweise, Leitfäden	1048

	Seite
III. Die Verträge im Einzelnen	1048
1. Netzkopplungsvertrag	1048
2. Ein- und Ausspeisevertrag	1049
a) Vertragsparteien	1049
b) Hauptleistungspflichten	1050
c) Vertragsschluss und Buchungsprozedere	1050
d) Ergänzende Bedingungen	1051
3. Lieferantenrahmenvertrag	1051
a) Vertragsgegenstand	1051
b) Vertragsschluss und ergänzende Bedingungen	1051
c) Anpassung des Lieferantenrahmenvertrages	1052
4. Bilanzkreisvertrag	1052
a) Inhalt und Art des Bilanzkreisvertrages	1052
b) Bilanzierungssystem	1053
c) Weiterentwicklung des Bilanzierungssystems	1057
J. Der Anschluss der Biogasanlage an das Gasversorgungsnetz	1057
I. Allgemeines	1057
1. Hintergrund Direkteinspeisung	1057
2. Überblick Rechtsrahmen Biogaseinspeisung	1058
a) Europäischer Rechtsrahmen für die Biogaseinspeisung	1058
b) Nationaler Rechtsrahmen für die Biogaseinspeisung	1058
c) Entwicklung des Rechtsrahmens und der Aktivitäten der BNetzA	1059
II. Das Biogasanlagenprojekt – von der Planung bis zur Nutzung des Biogases	1060
1. Genehmigung und Anforderungen an Biogasanlagen	1060
2. Verfahren zum Netzanchluss einer Biogasanlage	1061
3. Anschluss der Biogasanlage an das Gasversorgungsnetz	1062
4. Voraussetzungen für die Biogaseinspeisung	1064
5. Verweigerungsgründe – Netzanchluss und Netzzugang	1064
a) Wirtschaftliche Unmöglichkeit	1065
b) Technische Unmöglichkeit	1066
6. Grundsätze der Biogas-Bilanzierung	1066
a) Bilanzierung nach GasNZV	1066
b) Massenbilanzierungssystem nach EEG	1067
7. Vermarktungsmöglichkeiten und Handelbarkeit von Biogas	1068
III. Vertragsgestaltung	1069
1. Überblick Vertragsarten Biomethaneinspeisung und -handel	1069
2. Netzanchluss- bzw. Anschlussnutzungsvertrag Biogas	1070
3. Biomethan-Einspeisevertrag	1071
4. Biogas-Bilanzkreisvertrag	1072
5. Biomethan-Liefervertrag	1072

§ 17. Netzentgeltregulierung

Christian Theobald/Ines Zenke/Heiko Lange

A. Einführung	1076
B. Übergang von der kostenorientierten Entgeltbildung zur Anreizregulierung	1078
I. Den gerechten Preis gibt es nicht	1078
II. Entgeltbildung vor dem EnWG 2005	1079
1. „Gute fachliche Praxis“ gem. § 6 I 5 EnWG 1998/2003	1079
2. Genehmigung nach BTOElt – Rationelle Betriebsführung und preiswürdiges Anbieten	1081
3. GWB und BGB – Angemessenes und gleichmäßig gefordertes Entgelt	1081
a) Überblick über regelmäßig relevante Normen	1081
b) Gleichbehandlungsgebot	1082
c) Vergleichsmarktprinzip (§§ 19 I i. V. m. § 19 IV Nr. 2 GWB)	1082
d) Angemessenheit der Preise (§ 19 I i. V. m. § 19 IV Nr. 4 und § 19 IV Nr. 1 GWB) ..	1082
e) Schließlich: Die Billigkeit von Preisen nach § 315 BGB	1083

	Seite
III. Netzentgeltgenehmigungspflicht nach § 23 a EnWG	1084
1. Entscheidung für eine Ex-ante-Kontrolle	1084
2. Übergangsrecht und Mehrerlösabschöpfung	1085
IV. Einführung der Anreizregulierung	1087
C. Rechtsrahmen der Entgeltbildung	1088
I. Grundsätze des EnWG	1088
1. Die Maßstäbe der kostenorientierten Entgeltbildung, § 21 EnWG	1088
a) Hintergrund und Entstehungsgeschichte	1088
b) Vergleichsverfahren	1088
c) Effizienzkriterium und angemessene Eigenkapitalverzinsung	1089
d) Relevanz in der Anreizregulierung	1089
2. Die Pflicht zur Genehmigung der Netzentgelte nach § 23 a EnWG	1090
3. Die Vorgabe von Erlösobergrenzen nach § 21 a EnWG	1090
4. Nachträgliche Missbrauchsabsicht, §§ 30 ff. EnWG	1091
II. Kostenprüfung und Netzentgeltkalkulation nach den Netzentgeltverordnungen	1093
1. Bedeutung in der Anreizregulierung	1093
a) Ausgangsniveau für Bestimmung der Erlösobergrenzen	1093
b) Umsetzung der Erlösobergrenzen in Netzentgelte	1094
c) Neufestlegung der Erlösobergrenzen nach teilweisem Netzübergang	1094
2. Systematik der Netzentgeltkalkulation	1095
a) Gesetzliche Grundlage	1095
b) Dreischritt der Kostenrechnung	1095
aa) Kostenartenrechnung	1096
bb) Kostenstellenrechnung	1100
cc) Kostenträgerrechnung	1100
3. Einzelfragen der Kostenprüfung	1103
a) Ansatz von Plankosten und Ermittlung von Besonderheiten des Basisjahrs	1104
b) Schlüsselung von Gemeinkosten	1106
c) Ansatz von Kosten für überlassene Anlagengüter	1107
d) Kosten für die Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen	1108
e) Höhe des Fremdkapitalzinssatzes	1109
f) Ermittlung der Tagesneuwerte des Sachanlagenvermögens	1110
g) Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibungen	1112
h) Ermittlung der kalkulatorischen Restwerte des Sachanlagevermögens	1113
i) Ansatz des Kaufpreises bei Netzübernahmen	1114
j) Umgang mit Entflechtungs-/Einbindungskosten nach Netzübernahmen	1115
k) Ausgangsgrößen für die Ermittlung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung	1116
l) Höhe der Eigenkapitalzinssätze	1118
4. Bestimmung der Netzkosten bei Neufestlegung der Erlösobergrenzen nach § 26 II ARegV	1120
D. Exkurs: Netzentgeltregulierung in geschlossenen Verteilernetzen	1124
I. Der neue Rechtsrahmen	1124
II. Einzelfragen	1126
E. Gerichtliche Korrektur von Erlösobergrenzenfestsetzungen: Nachforderung von zu gering vereinnahmten Netzentgelten?	1127
I. Problemaufriss	1127
II. Netzentgeltnachberechnungsklausel	1127
III. Anwendbarkeit in der Anreizregulierung	1129
F. Fazit	1130

§ 18. Rechtliche Umsetzung der Anreizregulierung

Reinhard Ruge

A. Einleitung	1133
B. Entstehungsgeschichte	1134
C. Regelungszweck	1136

	Seite
D. Kern der Anreizregulierung: Die Erlösobergrenze	1136
I. Ermittlung, Festlegung und Anpassung der Erlösobergrenze und Regulierungskonto ..	1136
1. Regulierungsperiode und Anpassung der Erlösobergrenze	1136
2. Regulierungskonto	1137
3. Ausgangsniveau	1139
II. Individuelle Effizienzvorgaben als Bestandteile der Erlösobergrenze	1142
1. Durchführung des Effizienzvergleichs im Überblick	1142
2. Aufwandsparameter und nachträgliche Änderung von Kostendaten	1143
3. Vergleichsparameter	1144
4. Der Effizienzbegriff, § 12 I i. V. m. Anlage 3 ARegV	1145
5. Dauerhaft und vorübergehend nicht beeinflussbare sowie beeinflussbare Kostenanteile	1145
a) Definitionsschwierigkeiten der nicht beeinflussbaren Kostenanteile	1146
b) Konzept der BNetzA	1146
c) Rechtliche Maßgaben des EnWG für das Verständnis der Beeinflussbarkeit	1147
d) Beeinflussbarkeit von Kosten der Bestandsanlagen durch Möglichkeit der „Wertberichtigung“	1148
e) Verfahrensregulierte Kosten: Verlustenergiebeschaffung	1149
III. Geldwertentwicklung und genereller sektoraler Produktivitätsfaktor als Bestandteile der Erlösobergrenze	1150
IV. Regelung zur Investitionssicherung	1151
1. Erweiterungsfaktor, § 10 ARegV	1151
2. Pauschalierter Investitionszuschlag	1151
3. Qualitätsvorgaben	1152
V. Rechtliche Schallgrenzen: Erreichbarkeit, Übertreffbarkeit und Zumutbarkeit von Effizienzvorgaben	1152
VI. Methodenrobustheit und Prinzip der Konstanz	1155
E. Sondervorschriften für Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber	1156
I. Verfahrensregulierte Kosten	1157
II. Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV	1158
1. Gegenstand und Voraussetzungen von Investitionsmaßnahme-Genehmigungen	1158
2. Gerichtliche Auseinandersetzungen zur BNetzA-Entscheidungspraxis zu den Investitionsbudget-Anträgen und Branchenvergleich	1159
3. Investitionsmaßnahmen und Netzentwicklungsplan nach §§ 12 a ff. EnWG	1160
4. Investitionsbudgets und die Netzanbindung von Offshore-Windparks	1160
III. Internationaler Effizienzvergleich	1162
F. Vereinfachtes Verfahren für kleine Netzbetreiber	1163
G. Zuständigkeiten und Verfahren	1164
I. Zuständigkeit	1164
II. Verfahren	1165
H. Ausblick	1166

Kapitel 7. Energieregulierungsbehörden und Rechtsschutz

§ 19. Energieregulierungsbehörden und behördliche Verfahren

Peter Franke

A. Ausgangsbedingungen für Organisation und Verfahren der Regulierung im Energiebereich	1169
B. Regulierungsbehörden	1170
I. Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden	1170
II. Zusammenarbeit zwischen den Regulierungsbehörden und mit anderen Aufsichtsbehörden; Beratung der Regulierungsbehörden	1174
1. Zusammenarbeit zwischen den Regulierungsbehörden	1174
a) Zusammenarbeit zwischen den nationalen Regulierungsbehörden	1174
b) Zusammenarbeit zwischen den europäischen Regulierungsbehörden	1175

	Seite
2. Zusammenarbeit zwischen Regulierungs- und Kartellbehörden	1176
3. Zusammenarbeit zwischen Regulierungs- und Energieaufsichtsbehörden	1178
4. Beirat und wissenschaftliche Beratung	1179
III. Organisation der Regulierungsbehörden	1179
C. Handlungsinstrumente der Regulierungsbehörden	1180
I. Allgemeine Verfahrensregelungen	1180
1. Ergänzende Anwendung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts	1180
2. Sonderregelungen innerhalb des Energiewirtschaftsgesetzes	1183
3. Einleitung des Verfahrens, Verfahrensbeteiligte	1183
4. Anhörung, Akteneinsicht und Geheimmisschutz, mündliche Verhandlung	1186
5. Amtsermittlungsgrundsatz, Darlegungs- und Beweislast, Beweismittel, Ermittlungsbefugnisse	1189
a) Untersuchungsgrundsatz	1189
aa) Mitwirkungspflichten	1189
bb) Beweislast	1190
b) Beweismittel (§ 68 EnWG)	1190
c) Auskunftsverlangen (§ 69 EnWG)	1191
aa) Erforderlichkeit der Ermittlungen	1191
bb) Ermittlungsbefugnisse	1192
cc) Sektorenuntersuchungen	1194
dd) Verfahren	1194
d) Beschlagnahme (§ 70 EnWG)	1194
6. Abschluss des Verfahrens, Bekanntgabe der Entscheidung	1195
7. Kosten	1195
8. Vollstreckung	1195
II. Präventive Regulierungsinstrumente	1196
1. Festlegung	1196
a) Anwendungsbereich und Rechtscharakter	1196
b) Verfahren	1199
c) Regelungsinhalt, Aufhebung und Änderung von Festlegungen	1199
2. Genehmigung	1202
a) Umfang der Genehmigungspflicht	1202
b) Genehmigung von Netzentgelten	1202
III. Repressive Regulierungsinstrumente	1203
1. Aufsichtsmaßnahmen nach § 65 EnWG	1203
a) Allgemeine Voraussetzungen	1203
b) Durchsetzung des Netzentwicklungsplans	1205
c) Normverstöße außerhalb des Regulierungsbereichs	1205
d) Vorrang besonderer Aufsichtsinstrumente	1206
2. Vorläufige Anordnungen (§ 72 EnWG)	1206
3. Missbrauchsaufsicht (§§ 30, 31 EnWG); Vorteilsabschöpfung (§ 33 EnWG)	1207
a) Allgemeine Missbrauchsaufsicht (§ 30 EnWG)	1207
b) Besondere Missbrauchsverfahren (§ 31 EnWG)	1209
c) Vorteilsabschöpfung (§ 33 EnWG)	1210

§ 20. Rechtsschutz gegen energiebehördliche Regulierungsentscheidungen

Christian Theobald/Ines Zenke/Heiko Lange

A. Grundlagen des Rechtsschutzes	1214
B. Beschwerde und Rechtsbeschwerde	1216
I. Entstehungsgeschichte und Rechtsnatur	1216
II. Zuständiges Gericht	1217
III. Beschwerdearten	1218
IV. Beteiligte des Verfahrens	1222
V. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	1224
C. Anwendbares Verfahrensrecht	1228
I. Allgemeines	1228

Inhaltsverzeichnis XXXIX

	Seite
1. Verhältnis zum GWB	1228
2. Aktenrechtsichtsrecht	1229
3. Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	1231
II. Besondere Verfahrensgrundsätze	1232
1. Untersuchungsgrundsatz und Mitwirkungspflichten	1232
2. Beurteilungsspielraum der Regulierungsbehörde	1235
3. Einheitlicher Gesetzesvollzug	1238
4. Selbstbindung der Verwaltung	1239
D. Eilverfahren	1239
I. Anordnung bzw. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	1239
II. Vorläufige Anordnungen	1242
III. Anordnung des späteren Inkrafttretens einer vorläufigen Anordnung	1242

Kapitel 8. Energieversorgung und Umwelt

§ 21. Energieumweltrecht: Erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, Energieeinsparung

Jens-Peter Schneider

A. Vorbemerkung zur Umweltrelevanz der Energieversorgung	1248
B. Förderung erneuerbarer Energien	1250
I. Formen der erneuerbaren Energien, wirtschaftliche und umweltpolitische Bedeutung	1250
II. Formen der Förderung erneuerbarer Energien	1256
III. Entwicklung der gesetzlichen Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland und Europa	1258
1. Das Stromeinspeisungsgesetz 1990	1258
2. Das Stromeinspeisungsgesetz 1998	1258
3. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2000	1259
4. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2001	1259
5. Die EEG-Novelle von 2004	1260
6. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2009	1261
7. Das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz 2009	1261
8. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie 2009	1262
9. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012	1264
IV. Die Regelungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes	1264
1. Zielsetzung und das Grundkonzept gestufter Abnahme- und Vergütungspflichten	1264
2. Anwendungsbereich	1267
a) Sachlicher Anwendungsbereich	1267
b) Räumlicher Anwendungsbereich	1268
c) Persönlicher Anwendungsbereich und Anlagenregister	1268
d) Zeitlicher Anwendungsbereich	1269
3. Der generelle Pflichtenkanon des nächstgelegenen Netzbetreibers	1269
a) Gesetzliches Schuldverhältnis und Abweichungsverbot	1269
b) Netzanschluss und Netzkapazitätserweiterung	1270
aa) Netzanschluss	1270
bb) Netzkapazitätserweiterung	1272
cc) Offenlegung von Netz- bzw. Anlagedaten	1274
dd) Kostentragung	1274
ee) Sonderregeln für die Offshore-Netzanbindung	1275
c) Vorrangige Abnahme und Einspeisemanagement	1275
aa) Das Vorrangprinzip	1275
bb) Einspeisemanagement	1276
4. Die Vergütungspflicht für qualifizierte Anlagen	1278
a) Allgemeines	1278
aa) Zu vergütende Strommenge und Leistungsmessung	1279
bb) Andienungspflicht	1279

	Seite
cc) Gleitende Vergütungsdifferenzierung nach Leistungsklassen	1279
dd) Jährliche Vergütungsdegression für Neuanlagen	1280
ee) Vergütungsbefristung	1280
ff) EEG und Netzentgelte	1281
b) Wasserkraft	1281
c) Deponiegas, Klärgas und Grubengas	1281
d) Biomasse	1282
e) Geothermie	1283
f) Windkraft	1284
aa) Windkraftanlagen auf Land	1284
bb) Offshore-Windanlagen	1285
g) Solare Strahlungsenergie	1286
5. Direktvermarktungsoptionen zur Förderung der Systemintegration	1287
6. Der Belastungsausgleich	1289
a) Hochwälzung zum vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber gem. §§ 8 IV, 34, 35 EEG	1289
b) Horizontaler Belastungsausgleich zwischen Übertragungsnetzbetreibern, § 36 EEG	1291
c) EEG-Stromvermarktung durch ÜNB und EEG-Umlage der EltVU	1293
d) Transparenz und Richtigkeitsgewähr durch die Bundesnetzagentur	1296
e) Die Ausnahmeregelung der §§ 40 ff. EEG	1296
7. Herkunftsnachweise für EEG-Strom gem. § 55 EEG	1298
8. Ergänzende Förderregelungen im deutschen Energierecht	1298
V. Europarechtliche Fragen	1298
VI. Verfassungsrechtliche Fragen	1302
1. Finanzverfassungsrecht	1302
2. Preissteuerung mit Börsenverkaufzwang und Grundrechte	1304
a) Berufsfreiheit und Belastungsgleichheit der Netzbetreiber	1304
b) Börsenzwang bei der EEG-Vermarktung und Berufsfreiheit von Stromgroßhändlern	1305
c) Berufsfreiheit und Belastungsgleichheit der Letztversorger	1306
d) Allgemeine Handlungsfreiheit und Belastungsgleichheit der Endverbraucher	1307
e) Berufsfreiheit konkurrierender Betreiber konventioneller Kraftwerke	1307
VII. Ausblick auf die notwendige umfassende Integration erneuerbarer Energien in die künftigen Energieversorgungsstrukturen	1307
C. Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung	1308
I. Entwicklung und Hintergründe der gesetzlichen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung	1308
1. Das KWKG 2000	1309
2. Das KWKG 2002	1310
3. Die KWK-Richtlinie 2004/8/EG und die Änderungen durch die Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU	1311
4. Die KWKG-Novellen 2008 und 2012	1311
II. Die Regelungen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes	1312
1. Überblick	1312
2. Die zweigeteilte Vergütungsregelung	1314
3. Frühere Diskriminierung eigenverbrauchten KWK-Stroms und ökologische Steuerungswirkung des KWKG	1317
4. Europa- und verfassungsrechtliche Bewertung	1317
D. Energieeinsparung	1318
I. Energieeinspargesetz und Energieeinsparverordnung	1319
1. Energieeinspargesetz	1319
2. Energieeinsparverordnung	1320
a) Anforderungen an Neubauten	1321
b) Anforderungen für bestehende Gebäude und Anlagen	1321
c) Energieausweis	1321
II. Energieeinsparung im Recht der genehmigungsbedürftigen Anlagen	1322

Inhaltsverzeichnis XLI

	Seite
III. Energieverbrauchskennzeichnung	1323
IV. Richtlinie zur Energieeffizienz	1323

§ 22. Stromsteuergesetz

Michael Rodi

A. Grundlagen	1328
I. Das Stromsteuergesetz und seine Entstehung	1328
1. Überblick	1328
2. Entstehungsgeschichte des Stromsteuergesetzes	1329
a) Vorläufer der Stromsteuer	1329
b) Gang des Gesetzgebungsverfahrens	1329
aa) Einstiegsgesetz	1329
bb) Fortführungsgesetz	1330
cc) Fortentwicklungsgesetz	1331
dd) Anpassungen durch das Energiesteuergesetz 2006	1331
ee) Anpassungen durch das Biokraftstoffquotengesetz 2007	1332
ff) Anpassungen durch das Jahressteuergesetz 2009	1333
gg) Anpassung durch das Haushaltsbegleitgesetz 2011	1333
hh) Anpassung durch das Energiesteuer- und Stromsteueränderungsgesetz 2011	1333
c) Beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission	1333
II. Die Stromsteuer in der ökonomischen und umweltpolitischen Debatte	1334
1. Die ökonomische Konzeption von Umweltsteuern	1334
2. Die Umsetzung des umweltökonomischen Konzepts durch die Stromsteuer	1335
a) Die umweltpolitische Konzeption der Stromsteuer	1335
b) Zweckbindung des Steueraufkommens	1336
c) Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Stromsteuer als Teil der Ökologischen Steuerreform	1337
III. Rechtsvergleichender Überblick: Stromsteuern in Europa	1338
1. Die Harmonisierung von Energiesteuern auf europäischer Ebene	1338
2. Stromsteuern in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	1339
B. Das Stromsteuergesetz	1340
I. Der Steuertatbestand im Überblick	1340
1. Steuerobjekt	1340
a) Steuergegenstand	1340
b) Steuerentstehungstatbestand	1341
2. Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1341
3. Steuergläubiger	1341
4. Steuerbemessungsgrundlage	1341
5. Steuertarif	1342
6. Steuererleichterungen	1342
7. Räumlicher und zeitlicher Anwendungsbereich	1342
II. Die einzelnen Steuertatbestände	1342
1. Entnahme des vom Versorger geleisteten Stroms durch den Letztverbraucher (§ 5 I 1 Var. 1 StromStG)	1342
a) Steuerentstehungstatbestand	1342
aa) Entnahme aus dem Versorgungsnetz	1342
bb) Leistung und Entnahme von Strom	1343
cc) Letztverbraucher	1343
dd) Versorger	1344
b) Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1346
2. Entnahme von Strom durch den Versorger zum Selbstverbrauch (§ 5 I 1 Var. 2 StromStG)	1346
a) Steuerentstehungstatbestand	1347
b) Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1347
3. Entnahme durch den Eigenerzeuger zum Selbstverbrauch (§ 5 I 2 StromStG)	1348

	Seite
a) Steuerentstehungstatbestand	1348
aa) Eigenerzeuger	1348
bb) Entnahmevergäng	1349
b) Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1349
4. Widerrechtliche Entnahme von Strom (§ 6 StromStG)	1349
a) Steuerentstehungstatbestand	1349
b) Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1350
5. Leistung von Strom aus dem Ausland (§ 7 StromStG)	1350
a) Steuerentstehungstatbestand	1350
b) Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1351
6. Weitere Steuerentstehungstatbestände	1351
a) Die im Rahmen der Steuerbegünstigung voll besteuerte „Sockelmenge“ gem. § 9 V StromStG a. F.	1351
b) Strom, der zu anderen als den in der Erlaubnis gem. § 9 IV StromStG genannten Zwecken entnommen wird (§ 9 VI 2 StromStG)	1352
aa) Steuerentstehungstatbestand	1352
bb) Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1353
c) Strom, der steuerbegünstigt an einen Nichtberechtigten geleistet wird (§ 9 VIII StromStG)	1353
aa) Steuerentstehungstatbestand	1353
bb) Steuersubjekt (Steuerschuldner)	1353
III. Steuererleichterungen	1353
1. Steuerbefreiungen (§ 9 I StromStG)	1353
a) Strom aus erneuerbaren Energieträgern (§ 9 I Nr. 1 StromStG)	1354
aa) Aus erneuerbaren Energieträgern gewonnener Strom	1354
bb) Ausschließlichkeit	1354
b) Strom zur Stromerzeugung (§ 9 I Nr. 2 StromStG)	1355
c) Steuerbefreiung kleiner dezentraler Stromerzeugeranlagen (§ 9 I Nr. 3 a und b StromStG)	1355
2. Steuerermäßigungen	1357
a) Schienenbahnverkehr und Oberleitungssymibusse (§ 9 II StromStG)	1357
b) Nachspeicherheizungen (§ 9 II a StromStG a. F.)	1357
c) landseitige Stromversorgung von Wasserfahrzeugen (§ 9 III n. F. StromStG)	1358
3. Steuerentlastungen	1358
a) Produzierendes Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft (§ 9 b StromStG)	1358
aa) Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (§ 2 Nr. 3 StromStG)	1359
bb) Unternehmensbegriff des § 2 Nr. 4 StromStG	1361
cc) Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft (§ 2 Nr. 5 StromStG)	1362
dd) Weitere Einzelfragen	1362
b) Herstellung von Industriegasen (§ 9 c StromStG)	1363
4. Erlass, Erstattung oder Vergütung für bestimmte Prozesse und Verfahren (§ 9 a StromStG i. V. m. § 17 a StromStV)	1364
5. Erlass, Erstattung oder Vergütung in Sonderfällen (§ 10 StromStG i. V. m. § 18 StromStV)	1365
a) Allgemeines	1365
b) Die Vergütungsregelung des § 10 I StromStG	1367
c) Die Berechnung des Entlastungsbetrags (§ 10 II StromStG)	1368
d) Antrag auf Steuerermäßigung in Sonderfällen	1368
IV. Steuerverfahren	1369
1. Veranlagung	1369
a) Steueranmeldung (§ 8 StromStV)	1369
aa) Allgemeines	1369
bb) Monatliche Anmeldung (§ 8 III StromStG)	1369
cc) Jährliche Anmeldung (§ 8 IV StromStG)	1369
dd) Vorauszahlungen (§ 8 VI und VII StromStG)	1370
ee) Festsetzungsfrist und Festsetzungsverjährung	1370
b) Sonstige Fälle der Steueranmeldung	1370

Inhaltsverzeichnis

XLIII

	Seite
aa) Ausscheiden des Steuerschuldners aus dem Steuerpflichtverhältnis	1370
bb) Stromsteuerentstehung bei Gesetzesverstößen	1371
2. Fälligkeit (§ 8 StromStG)	1371
a) Allgemeines	1371
b) Fälligkeitstermine	1371
3. Erlaubnis	1371
a) Allgemeines	1371
b) Erlaubnis für Versorger, Eigenerzeuger und Letztverbraucher (§ 4 I StromStG)	1372
aa) Sinn und Zweck der Regelung	1372
bb) Inhaltliche Fragen	1372
c) Aufhebung der Erlaubnis	1373
4. Sicherheitsleistungen	1374
5. Haftungsfragen	1374
6. Verwaltung	1375
7. Gerichtsverfahren	1375
C. Verfassungsrechtliche Probleme	1375
I. Steuerkompetenzen und allgemeine Verfassungsprinzipien	1376
1. Steuerkompetenzen	1376
a) Steuereigenschaft und Zweckbindung	1376
b) Verbrauchsteuercharakter	1377
2. Sachkompetenzen (Umwelt) und das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	1378
a) Umweltpolitische Sachkompetenz	1378
b) Widerspruch zum Umweltrecht	1379
II. Grundrechte	1380
1. Anwendbarkeit der Freiheitsrechte	1380
2. Die Rechtfertigungsbedürftigkeit der Stromsteuer dem Grunde nach	1381
3. Einzelne Verfassungsprobleme	1381
a) Steuerfreiheit von kleineren Anlagen zur Eigenerzeugung von Strom	1381
b) Steuerermäßigungen für den Betrieb von Nachspeicherheizungen, Oberleitungsbussen und Schienenbahnverkehr (§ 9 II StromStG)	1381
c) Steuerermäßigung für das Produzierende Gewerbe	1382
aa) Verweisungstechnik	1382
bb) Rechtfertigung der Steuerermäßigung	1382
D. Europarechtliche Probleme	1385
I. Richtlinienkonformität des Stromsteuergesetzes	1385
II. Primärrechtskonformität des Stromsteuergesetzes	1385
1. Warenverkehrsfreiheit	1385
2. Steuerliches Nichtdiskriminierungsgebot (Art. 110 AEUV, ex-Art. 90 EGV)	1385
a) Steuerschuldnerschaft des Letztverbrauchers beim Bezug von Auslandsstrom (§ 7 S. 2 StromStG)	1386
b) Steuerbefreiung für Strom aus erneuerbaren Energieträgern (§ 9 I Nr. 1 StromStG)	1386
3. Beihilfeaufsichtsrecht (Art. 107 AEUV, ex-Art. 87 EGV)	1387
a) Der Beihilfebegriff des Art. 107 I AEUV (ex-Art. 87 I EGV) und die Beihilfetabestände des Stromsteuergesetzes	1387
b) Rechtfertigung der Beihilfetabestände nach Art. 107 III AEUV (ex-Art. 87 III EGV) i. V.m. den Gemeinschaftsrahmen	1389
aa) Steuervergünstigungen für das Produzierende Gewerbe (§ 9b StromStG)	1390
bb) Stromsteuervergünstigung für die Land- und Forstwirtschaft (§ 9b StromStG)	1392
cc) Spitzenausgleich (§ 10 StromStG)	1393
dd) Steuervergünstigungen für den Schienenbahnverkehr (§ 9 II StromStG)	1393
Verzeichnis europäischer Richtlinien und Verordnungen	1395
Bearbeiterverzeichnis	1403
Sachverzeichnis	1409

beck-shop.de